

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für internationale Beziehungen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident, zuständig für internationale Beziehungen, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU FOLGENDEN INTERNATIONALEN
ABKOMMEN:**

- 1. ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN UND DER REPUBLIK ARMENIEN
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN DES PERSONALS DER
DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND KONSULARISCHEN POSTEN, GESCHEHEN ZU
BRÜSSEL AM 4. DEZEMBER 2018;**
- 2. ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN UND DER UKRAINE ÜBER DIE
ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN DES PERSONALS DER
DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND KONSULARISCHEN POSTEN, GESCHEHEN ZU
BRÜSSEL AM 10. FEBRUAR 2021;**
- 3. ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN UND DER DOMINIKANISCHEN
REPUBLIK ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN DES
PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND KONSULARISCHEN POSTEN,
GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 17. JUNI 2022;**
- 4. ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN UND DER REPUBLIK KOSOVA
ÜBER AUSÜBUNG VON FREIEN ERWERBSTÄTIGEN BERUFEN VON
FAMILIENANGEHÖRIGEN DES PERSONALS DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND
KONSULARISCHER VERTRETUNGEN, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 17. JUNI 2022;**
- 5. ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN UND DER REPUBLIK MOLDAU
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN DES PERSONALS DER
DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND KONSULARISCHEN POSTEN, GESCHEHEN ZU
PRAG AM 31. AUGUST 2022;**
- 6. ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN UND DER REPUBLIK UGANDA
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN DES PERSONALS DER
DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND KONSULARISCHEN POSTEN AUF
GEGENSEITIGKEITSBASIS, GESCHEHEN ZU KAMPALA AM 8. DEZEMBER 2022**

INHALTSANGABE

Durch dieses Dekret wird verschiedenen völkerrechtlichen Verträgen zugestimmt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	5
Anlage 1	7
Anlage 2	8
Anlage 3	9
Anlage 4	10
Anlage 5	11
Anlage 6	12

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Interministerielle Konferenz zur Außenpolitik hat am 7. März 2023 entschieden, das Zustimmungsverfahren der gemischten Verträge zu beschleunigen. Ziel ist es, bis Ende November 2023 das Zustimmungsverfahren möglichst aller unterzeichneten internationalen Verträge, deren Zustimmung noch aussteht, innerhalb Belgiens vollständig abzuschließen.

Vorliegender Entwurf eines Zustimmungsdekrets führt vor diesem Hintergrund alle Abkommen mit den gleichen Inhalten und Zielen zusammen. Gegenstand aller angeführten Abkommen ist die Erleichterung der Ausübung einer bezahlten Tätigkeit (Arbeitnehmer oder Selbstständiger) durch unterhaltsberechtignte Familienangehörige der Bediensteten und der sonstigen Mitglieder des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen, die durch diese Staaten in Belgien eingesetzt werden. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gilt dies ebenso für die Familienmitglieder des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen Belgiens in den betreffenden Staaten.

Bei den zuzustimmenden Abkommen handelt es sich jeweils um einen „gemischten Vertrag“ im Sinne von Artikel 167 §4 der Verfassung, wie die Arbeitsgruppe für Gemischte Verträge an folgenden Daten feststellte:

1. am 3. Dezember 2015 und am 11. Februar 2016 für das Abkommen mit der Republik Armenien,
2. am 1. Dezember 2016 für das Abkommen mit der Ukraine,
3. am 3. Dezember 2015 und 11. Februar 2016 für das Abkommen mit der Dominikanischen Republik,
4. am 17. Juni 2015 und 11. Februar 2016 für das Abkommen mit der Republik Kosova,
5. am 21. Januar 2020 für das Abkommen mit der Republik Moldau,
6. am 1. Dezember 2016 und am 13. September 2022 für das Abkommen mit der Republik Uganda

Die Vollmacht zur Unterzeichnung erteilte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihren folgenden Sitzungen:

1. vom 14. Dezember 2017 für das Abkommen mit der Republik Armenien,
2. vom 8. Mai 2018 für das Abkommen mit der Ukraine,
3. vom 8. April 2021 für das Abkommen mit der Dominikanischen Republik,
4. vom 7. Januar 2021 für das Abkommen mit der Republik Kosova,
5. vom 20. Mai 2020 für das Abkommen mit der Republik Moldau,
6. vom 13. Oktober 2022 für das Abkommen mit der Republik Uganda.

Damit die Abkommen in Kraft treten können, bedarf es der Zustimmung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1 bis 6

Die Artikel bedürfen keines besonderen Kommentars.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen:

- 1. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018;**
- 2. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021;**
- 3. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022;**
- 4. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova über Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022;**
- 5. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022;**
- 6. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 18. Dezember 2022**

Artikel 1 – Das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018, ist uneingeschränkt wirksam.

Art. 2 – Das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021, ist uneingeschränkt wirksam.

Art 3 – Das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022, ist uneingeschränkt wirksam.

Art. 4 – Das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova über Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022, ist uneingeschränkt wirksam.

Art. 5 – Das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen

und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022, ist uneingeschränkt wirksam.

Art. 6 – Das Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 18. Dezember 2022, ist uneingeschränkt wirksam,

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsi
dent

Digital unterschrieben
von Oliver Paasch
Ministerpräsident
Datum: 2023.09.14
12:43:03 +02'00'

ANLAGE 1

Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Armenien über die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 4. Dezember 2018 (Übersetzung)

ANLAGE 2

**Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Ukraine über die
Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen
und konsularischen Posten geschehen zu Brüssel am 10. Februar 2021 (Übersetzung)**

ANLAGE 3

**Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Dominikanischen Republik über
die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen
Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 17. Juni 2022
(Übersetzung)**

ANLAGE 4

**Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kosova über Ausübung
von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals
diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen, geschehen zu Brüssel am
17. Juni 2022 (Übersetzung)**

ANLAGE 5

**Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Moldau über die
Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen
und konsularischen Posten, geschehen zu Prag am 31. August 2022 (Übersetzung)**

ANLAGE 6

**Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Uganda über die
Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen
und konsularischen Posten auf Gegenseitigkeitsbasis, geschehen zu Kampala am 18.
Dezember 2022 (Übersetzung)**

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Sur la proposition du Ministre-Président compétent en matière de relations internationales ;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre-Président compétent en matière de relations internationales est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone l'avant-projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DÉCRET PORTANT ASSENTIMENT AUX ACCORDS INTERNATIONAUX SUIVANTS :

1° ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE ET LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE SUR L'EXERCICE DES ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF PAR DES MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES, SIGNÉ À BRUXELLES LE 4 DÉCEMBRE 2018 ;

2° ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE ET L'UKRAINE SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL DIPLOMATIQUE ET CONSULAIRE, SIGNÉ À BRUXELLES LE 10 FÉVRIER 2021 ;

3° ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE ET LA RÉPUBLIQUE DOMINICAINE SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL DIPLOMATIQUE ET CONSULAIRE, SIGNÉ À BRUXELLES LE 17 JUIN 2022 ;

4° ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE ET LA RÉPUBLIQUE DU KOSOVO SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL DIPLOMATIQUE ET CONSULAIRE, SIGNÉ À BRUXELLES LE 17 JUIN 2022 ;

5° ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE ET LA RÉPUBLIQUE DE MOLDAVIE SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL DIPLOMATIQUE ET CONSULAIRE, SIGNÉ À PRAGUE LE 31 AOÛT 2022 ;

6° ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE ET LA RÉPUBLIQUE D'OUGANDA SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL DIPLOMATIQUE ET CONSULAIRE, SIGNÉ À KAMPALA LE 31 AOÛT 2022

RÉSUMÉ

Ce décret vise à porter l'assentiment à divers actes internationaux.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	4
Avant-projet	5
Annexe 1^{re}	7
Annexe 2	8
Annexe 3	9
Annexe 4	10
Annexe 5	11
Annexe 6	12

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le 7 mars 2023, la Conférence interministérielle sur la politique étrangère a décidé d'accélérer la procédure d'approbation des traités mixtes. L'objectif est d'achever, dans la mesure du possible, la procédure d'approbation de tous les traités internationaux signés dont l'approbation est encore en suspens au sein de la Belgique d'ici fin novembre 2023.

Dans ce contexte, le présent projet de décret d'assentiment rassemble tous les accords ayant le même contenu et les mêmes objectifs. L'objet de tous les accords cités est de faciliter l'exercice d'une activité rémunérée (salariée ou indépendante) par les membres de la famille à charge des agents et autres membres du personnel des missions diplomatiques et des postes consulaires affectés en Belgique par ces États. Il en va de même, sur une base de réciprocité, pour les membres des familles des membres du personnel des missions diplomatiques et des postes consulaires belges dans les États concernés.

Les accords à approuver sont tous des "traités mixtes" au sens de l'article 167, § 4, de la Constitution, comme l'a constaté le groupe de travail sur les traités mixtes aux dates suivantes :

- 1° le 3 décembre 2015 et le 11 février 2016 pour l'accord avec la République d'Arménie,
- 2° le 1er décembre 2016 pour l'accord avec l'Ukraine,
- 3° le 3 décembre 2015 et le 11 février 2016 pour l'accord avec la République Dominicaine,
- 4° le 17 juin 2015 et le 11 février 2016 pour l'accord avec la République du Kosovo,
- 5° le 21 janvier 2020 pour l'accord avec la République de Moldavie,
- 6° le 1er décembre 2016 et le 13 septembre 2022 pour l'accord avec la République d'Ouganda.

Le mandat de signature a été conféré par le Gouvernement de la Communauté germanophone lors de ses sessions suivantes :

- 1° le 14 décembre 2017 pour l'accord avec la République d'Arménie,
- 2° le 8 mai 2018 pour l'accord avec l'Ukraine,
- 3° le 8 avril 2021 pour l'accord avec la République Dominicaine,
- 4° le 7 janvier 2021 pour l'accord avec la République du Kosovo,
- 5° le 20 mai 2020 pour l'accord avec la République de Moldavie,
- 6° le 13 octobre 2022 pour l'accord avec la République d'Ouganda.

Pour que les accords puissent entrer en vigueur, l'assentiment du Parlement de la Communauté germanophone est nécessaire.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Articles 1^{er} à 6

Ces articles ne nécessitent pas de commentaire

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant assentiment aux accords internationaux suivants :

1° Accord entre le Royaume de Belgique et la République d'Arménie sur l'exercice des activités à but lucratif par des membres de la famille du personnel de missions diplomatiques et de postes consulaires, signé à Bruxelles le 4 décembre 2018 ;

2° Accord entre le Royaume de Belgique et l'Ukraine sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 10 février 2021 ;

3° Accord entre le Royaume de Belgique et la République Dominicaine sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 17 juin 2022 ;

4° Accord entre le Royaume de Belgique et la République du Kosovo sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 17 juin 2022 ;

5° Accord entre le Royaume de Belgique et la République de Moldavie sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 31 août 2022 ;

6° Accord entre le Royaume de Belgique et la République d'Ouganda sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 31 août 2022

Article 1^{er} – L'Accord entre le Royaume de Belgique et la République d'Arménie sur l'exercice des activités à but lucratif par des membres de la famille du personnel de missions diplomatiques et de postes consulaires, signé à Bruxelles le 4 décembre 2018, sortira son plein et entier effet.

Art. 2 – L'Accord entre le Royaume de Belgique et l'Ukraine sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 10 février 2021, sortira son plein et entier effet.

Art. 3 – L'Accord entre le Royaume de Belgique et la République Dominicaine sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 17 juin 2022, sortira son plein et entier effet.

Art. 4 – L'Accord entre le Royaume de Belgique et la République du Kosovo sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 17 juin 2022, sortira son plein et entier effet.

Art. 5 – L'Accord entre le Royaume de Belgique et la République de Moldavie sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 31 août 2022, sortira son plein et entier effet.

Art. 6 – L'Accord entre le Royaume de Belgique et la République d'Ouganda sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 31 août 2022, sortira son plein et entier effet.

Eupen, le ..

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Annexe 1^{re}

Accord entre le Royaume de Belgique et la République d'Arménie sur l'exercice des activités à but lucratif par des membres de la famille du personnel de missions diplomatiques et de postes consulaires, signé à Bruxelles le 4 décembre 2018

Annexe 2

Accord entre le Royaume de Belgique et l'Ukraine sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 10 février 2021

Annexe 3

**Accord entre le Royaume de Belgique et la République Dominicaine sur l'exercice d'activités à but
lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à
Bruxelles le 17 juin 2022**

Annexe 4

Accord entre le Royaume de Belgique et la République du Kosovo sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à Bruxelles le 17 juin 2022

Annexe 5

**Accord entre le Royaume de Belgique et la République de Moldavie sur l'exercice d'activités à but
lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à
Bruxelles le 31 août 2022**

Annexe 6

**Accord entre le Royaume de Belgique et la République d'Ouganda sur l'exercice d'activités à but
lucratif par certains membres de la famille du personnel diplomatique et consulaire, signé à
Bruxelles le 31 août 2022**

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Internationale Betrekkingen;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President, bevoegd voor Internationale Betrekkingen, is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET DE VOLGENDE INTERNATIONALE
OVEREENKOMSTEN:**

**1° OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN DE REPUBLIEK ARMENIË INZAKE HET
VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL VAN DE
DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN, GEDAAN TE BRUSSEL OP 4 DECEMBER 2018;**

**2° OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN OEKRAÏNE INZAKE HET VERRICHTEN VAN
BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET DIPLOMATIEK EN
CONSULAIR PERSONEEL, GEDAAN TE BRUSSEL OP 10 FEBRUARI 2021;**

**3° OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN DE DOMINICAANSE REPUBLIEK INZAKE
HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET
PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN, GEDAAN TE BRUSSEL OP
17 JUNI 2022;**

**4° OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN DE REPUBLIEK KOSOVO INZAKE HET
VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET
PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN, GEDAAN TE BRUSSEL OP
17 JUNI 2022;**

**5° OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN DE REPUBLIEK MOLDAVIË INZAKE HET
VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET
PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN, GEDAAN TE PRAAG OP 31
AUGUSTUS 2022;**

**6° OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN DE REPUBLIEK OEGANDA INZAKE HET OP
GROND VAN WEDERKERIGHEID VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE
GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN,
GEDAAN TE KAMPALA OP 8 DECEMBER 2022**

INHOUD

Bij dit decreet wordt ingestemd met verscheidene internationale overeenkomsten.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	4
Voorontwerp.....	5
Bijlage 1.....	7
Bijlage 2.....	8
Bijlage 3	9
Bijlage 4	10
Bijlage 5	11
Bijlage 6	12

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

De Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid heeft op 7 maart 2023 beslist om de procedure voor de instemming met gemengde verdragen te bespoedigen. Het doel is om in België tegen eind november 2023 volledig rond te zijn met de instemmingsprocedure van zo mogelijk alle ondertekende internationale overeenkomsten waarmee nog moet worden ingestemd.

Daarom worden in dit ontwerp van instemmingsdecreet alle overeenkomsten met dezelfde inhoud en doelstellingen gebundeld. Al die overeenkomsten hebben tot doel het verrichten van betaalde werkzaamheden (als loontrekkende of zelfstandige) door gezinsleden die ten laste zijn van de ambtenaren en andere personeelsleden van de diplomatieke zendingen en consulaire posten in België te vergemakkelijken. Op grond van wederkerigheid geldt dat ook voor de gezinsleden van het personeel van de Belgische diplomatieke zendingen en consulaire posten in de betrokken staten.

De overeenkomsten waarmee moet worden ingestemd, zijn gemengde verdragen in de zin van artikel 167, § 4, van de Grondwet, zoals de werkgroep Gemengde Verdragen op de hierna vermelde datums heeft vastgesteld:

- 1° op 3 december 2015 en 11 februari 2016 voor de overeenkomst met de Republiek Armenië;
- 2° op 1 december 2016 voor de overeenkomst met Oekraïne;
- 3° op 3 december 2015 en 11 februari 2016 voor de overeenkomst met de Dominicaanse Republiek;
- 4° op 17 juni 2015 en 11 februari 2016 voor de overeenkomst met de Republiek Kosovo;
- 5° op 21 januari 2020 voor de overeenkomst met de Republiek Moldavië;
- 6° op 1 december 2016 en 13 september 2022 voor de overeenkomst met de Republiek Oeganda.

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap heeft op haar hierna vermelde zittingen volmacht gegeven om te ondertekenen:

- 1° op 14 december 2017 voor de overeenkomst met de Republiek Armenië;
- 2° op 8 mei 2018 voor de overeenkomst met Oekraïne;
- 3° op 8 april 2021 voor de overeenkomst met de Dominicaanse Republiek;
- 4° op 7 januari 2021 voor de overeenkomst met de Republiek Kosovo;
- 5° op 20 mei 2020 voor de overeenkomst met de Republiek Moldavië;
- 6° op 13 oktober 2022 voor de overeenkomst met de Republiek Oeganda.

Opdat de overeenkomsten in werking kunnen treden, moet het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap zijn instemming ermee betuigen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikelen 1 tot 6

Deze artikelen behoeven geen bijzondere toelichting.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met de volgende internationale overeenkomsten:

1° Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Armenië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 4 december 2018;

2° Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en Oekraïne inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het diplomatiek en consulaire personeel, gedaan te Brussel op 10 februari 2021;

3° Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Dominicaanse Republiek inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 17 juni 2022;

4° Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Kosovo inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 17 juni 2022;

5° Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Moldavië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Praag op 31 augustus 2022;

6° Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Oeganda inzake het op grond van wederkerigheid verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Kampala op 18 december 2022

Artikel 1– De Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Armenië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 4 december 2018, zal volkomen gevolg hebben.

Art. 2 – De Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en Oekraïne inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het diplomatiek en consulaire personeel, gedaan te Brussel op 10 februari 2021, zal volkomen gevolg hebben.

Art. 3 – De Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Dominicaanse Republiek inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 17 juni 2022, zal volkomen gevolg hebben.

Art. 4 – De Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Kosovo inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 17 juni 2022, zal volkomen gevolg hebben.

Art. 5 – De Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Moldavië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 31 augustus 2022, zal volkomen gevolg hebben.

Art. 6 – De Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Oeganda inzake het op grond van wederkerigheid verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Kampala op

18 december 2022, zal volkomen gevolg hebben.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

Bijlage 1

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Armenië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 4 december 2018 (vertaling)

Bijlage 2

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en Oekraïne inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het diplomatiek en consulair personeel, gedaan te Brussel op 10 februari 2021 (vertaling)

Bijlage 3

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Dominicaanse Republiek inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 17 juni 2022 (vertaling)

Bijlage 4

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Kosovo inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Brussel op 17 juni 2022 (vertaling)

Bijlage 5

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Moldavië inzake het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Praag op 31 augustus 2022 (vertaling)

Bijlage 6

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Oeganda inzake het op grond van wederkerigheid verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Kampala op 18 december 2022 (vertaling)

ACCORD

ENTRE

LE ROYAUME DE BELGIQUE

ET

LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE

SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF

PAR DES MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL

DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES

**ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF
PAR DES MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES**

LE ROYAUME DE BELGIQUE, REPRÉSENTÉ PAR:

**LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL,
LE GOUVERNEMENT FLAMAND,
LE GOUVERNEMENT DE LA RÉGION WALLONNE,
LE GOUVERNEMENT DE LA RÉGION DE BRUXELLES-CAPITALE,
LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,**

ET

LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE, REPRÉSENTÉE PAR:

LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE,

CI-APRÈS DÉNOMMÉES « LES PARTIES »,

DÉSIREUX d'améliorer les possibilités d'emploi des membres de la famille du personnel de leurs missions diplomatiques et de leurs postes consulaires,

SONT CONVENUS CE QUI SUIT :

ARTICLE 1^{ER}

CHAMP D'APPLICATION DE L'ACCORD

Sur la base de la réciprocité, des normes et principes établis du droit international et de la législation interne de leurs États, les Parties conviennent d'autoriser l'exercice d'une activité à but lucratif par certains membres de la famille du personnel des missions diplomatiques et des postes consulaires de l'État d'envoi sur le territoire de l'État d'accueil.

ARTICLE 2

DEFINITIONS

Aux fins du présent Accord,

1. « Personnel de la mission diplomatique ou du poste consulaire » désigne les membres de la mission diplomatique, du poste consulaire ou de la mission permanente auprès d'une organisation internationale dont le siège se trouve dans l'État d'accueil, tel que défini à l'article 1^{er} des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques (1961) et sur les relations consulaires (1963), ci-après dénommées les Conventions de Vienne,
2. « Membre de la famille » désigne
 - a) le/la conjoint(e) ou la personne accompagnée d'un membre du personnel de la mission diplomatique ou du poste consulaire reconnu comme tel par l'État d'accueil;
 - b) les enfants célibataires âgés de moins de dix-huit ans à charge d'un agent diplomatique ou d'un fonctionnaire consulaire.
3. « Activité à but lucratif » désigne toute forme d'emploi rémunéré, exercé en qualité d'indépendant ou de salarié.

ARTICLE 3

AUTORISATION

1. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est donnée par les autorités de l'État d'accueil conformément aux dispositions légales et réglementaires en vigueur dans ledit État et conformément aux dispositions du présent Accord.
2. Cette autorisation ne concerne pas les ressortissants de l'État d'accueil ni les résidents permanents sur son territoire.
3. Sauf si l'État d'accueil en décide autrement, l'autorisation ne sera pas accordée aux bénéficiaires qui, après avoir entrepris une activité à but lucratif, cessent de faire partie du ménage du membre du personnel de la mission diplomatique ou du poste consulaire.

4. L'autorisation produit ses effets durant la période d'affectation du membre du personnel auprès de la mission diplomatique ou du poste consulaire de l'État d'envoi sur le territoire de l'État d'accueil, et cesse ses effets au terme de cette affectation.

ARTICLE 4

PROCEDURES

1. Toute demande visant à obtenir l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est envoyée, au nom du bénéficiaire, par l'ambassade de l'État d'envoi à la Direction du Protocole du Ministère des Affaires étrangères de la République d'Arménie ou de la Direction du Protocole du Service public fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement du Royaume de Belgique, suivant le cas.
2. Après vérification que la personne est un membre de la famille au sens de l'article 2, et après examen de la demande officielle, le Ministère des Affaires étrangères de l'État d'accueil informera l'ambassade de l'État d'envoi que la personne concernée peut exercer l'activité à but lucratif.
3. Les procédures suivies sont appliquées de manière telle que le bénéficiaire de l'autorisation puisse entreprendre une activité à but lucratif dans les meilleurs délais. Toutes les dispositions régissant les permis de travail et autres formalités analogues sont appliquées dans un sens favorable.
4. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif n'entraînera aucune dispense pour le bénéficiaire de satisfaire aux exigences légales ou autres relatives aux caractéristiques personnelles, qualités professionnelles ou autres que l'intéressé doit justifier pour l'exercice de son activité rémunérée.

ARTICLE 5

PRIVILEGES ET IMMUNITES EN MATIERE CIVILE ET ADMINISTRATIVE

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière civile et administrative dans l'État d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne ou de tout autre instrument international applicable, cette immunité ne s'applique pas aux actes découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif et rentrant dans le champ d'application du droit civil ou administratif de l'État d'accueil. L'État d'envoi lèvera l'immunité d'exécution de toute décision judiciaire prononcée en rapport avec de tels actes.

ARTICLE 6

IMMUNITE EN MATIERE PENALE

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière pénale dans l'État d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne précitées ou de tout autre instrument international applicable:

- a) l'État d'envoi lève l'immunité de juridiction pénale dont jouit le bénéficiaire de l'autorisation à l'égard de l'État d'accueil pour tout acte ou omission découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif, sauf dans des cas particuliers lorsque l'État d'envoi estime que cette mesure pourrait être contraire à ses intérêts;
- b) cette levée d'immunité de juridiction pénale ne sera pas considérée comme s'étendant à l'immunité d'exécution de la décision judiciaire, immunité pour laquelle une levée spécifique sera requise. Dans le cas d'une telle demande spécifique, l'État d'envoi examinera de manière approfondie la requête de l'État d'accueil.

ARTICLE 7

REGIMES FISCAL ET DE SECURITE SOCIALE

Conformément aux dispositions des Conventions de Vienne précitées ou à tout autre instrument international applicable, les bénéficiaires de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif sont assujettis aux régimes fiscal et de sécurité sociale de l'État d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cet État.

ARTICLE 8

MODIFICATIONS ET AJOUTS

Le présent Accord peut être modifié et complété à tout moment par un accord écrit entre les Parties. Tout accord de ce type entrera en vigueur selon les modalités prévues à l'Article 11.

ARTICLE 9

REGLEMENT DES DIFFERENDS

Tout différend concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sera résolu par la voie de consultations et de négociations entre les Parties.

ARTICLE 10

DUREE ET DENONCIATION

Le présent Accord restera en vigueur pour une durée indéterminée, chacune des Parties pouvant y mettre fin à tout moment moyennant un préavis de six mois adressé par écrit à l'autre Partie.

ARTICLE 11

ENTREE EN VIGUEUR

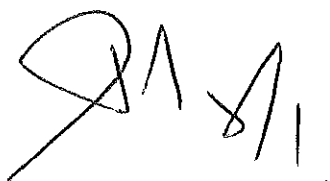
Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de réception de la dernière notification de l'accomplissement des procédures internes requises par la voie diplomatique.

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à Bruxelles, le 4 décembre 2018, en deux exemplaires originaux, chacun en langues arménienne, française, néerlandaise et anglaise. En cas de divergence d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

POUR LE ROYAUME DE BELGIQUE: POUR LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE:

**LE GOUVERNEMENT FEDERAL,
LE GOUVERNEMENT FLAMAND,
LE GOUVERNEMENT
DE LA REGION WALLONNE,
LE GOUVERNEMENT DE LA REGION
DE BRUXELLES-CAPITALE,
LE GOUVERNEMENT DE LA
COMMUNAUTE GERMANOPHONE,**



Didier REYNDERS,
Ministre des Affaires étrangères
et européennes



Zohrab MNATSAKANYAN,
Ministre des Affaires
étrangères

ABKOMMEN
ZWISCHEN
DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DER REPUBLIK ARMENIEN
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN
DES PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND
KONSULARISCHEN POSTEN

**ABKOMMEN
ZWISCHEN
DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DER REPUBLIK ARMENIEN
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN DES PERSONALS
DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND KONSULARISCHEN POSTEN**

DAS KÖNIGREICH BELGIEN, vertreten durch:
Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

UND

DIE REPUBLIK ARMENIEN,
vertreten durch:
die Regierung der Republik Armenien,

hierunter „die Parteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH geleitet, die Beschäftigungsmöglichkeiten von Familienmitgliedern des Personals der jeweiligen diplomatischen Missionen und konsularischen Posten zu erleichtern,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

ANWENDUNGSBEREICH DES ABKOMMENS

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, der Bestimmungen und Prinzipien des internationalen Rechts und der nationalen Gesetzgebung der jeweiligen Staaten kommen die Parteien überein, einigen Familienmitgliedern des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten des Entsendestaats die Genehmigung zu erteilen, Erwerbstätigkeiten im Hoheitsgebiet des Empfangsstaates auszuüben.

ARTIKEL 2

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet:

1. „Personal der diplomatischen Mission oder des konsularischen Postens“: die Personalmitglieder, die bei der diplomatischen Mission, dem konsularischen Posten oder der Ständigen Vertretung bei einer internationalen Organisation mit Sitz im Empfangsstaat im Sinne von Artikel 1 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen (1961) und des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen (1963), hierunter Wiener Übereinkommen, beschäftigt sind,
2. „Familienmitglied“:
 - a) der Ehepartner oder die Begleitperson des Personalmitglieds der diplomatischen Mission oder des konsularischen Postens, der oder die als solche vom Empfangsstaat anerkannt wird.
 - b) die unverheirateten Kinder unter 18 Jahren eines diplomatischen oder konsularischen Beamten.
3. „Erwerbstätigkeit“: jede Form bezahlter Beschäftigung, die die Person als Selbständiger oder als Arbeitnehmer ausübt.

ARTIKEL 3

GENEHMIGUNG

1. Die Behörden des Empfangsstaates erteilen die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf der Grundlage der dort geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften und nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens.
2. Die Genehmigung gilt nicht für Staatsangehörige des Empfangsstaates oder für Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben.

3. Sofern der Empfangsstaat nichts Gegenteiliges beschließt, wird den Begünstigten, die eine Erwerbstätigkeit angenommen haben und nicht mehr in häuslicher Gemeinschaft mit dem Personal der diplomatischen Mission oder des konsularischen Postens leben, keine Genehmigung erteilt.
4. Die Genehmigung ist solange gültig, wie das Personal der diplomatischen Mission oder des konsularischen Postens des Entsendestaates in dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaates dienstlich tätig ist, und verliert ihre Gültigkeit bei der Beendigung der dienstlichen Tätigkeit.

ARTIKEL 4

VERFAHREN

1. Jeder Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist im Namen des Begünstigten von der Botschaft des Entsendestaats an den Dienst Protokoll des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Armenien beziehungsweise an die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien zu richten.
2. Nach Überprüfung, ob der Begünstigte ein Familienmitglied im Sinne von Artikel 2 dieses Abkommens ist und nach Bearbeitung des amtlichen Antrags notifiziert das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaats der Botschaft des Entsendestaats, dass das Familienmitglied eine Erwerbstätigkeit ausüben darf.
3. Die einschlägigen Verfahren werden so angewandt, dass der Begünstigte der Genehmigung so schnell wie möglich eine Erwerbstätigkeit ausüben kann. Alle Bestimmungen in Sachen Arbeitserlaubnis und andere ähnliche Formalitäten werden vorteilhaft angewandt.
4. Die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit schließt nicht die Befreiung des Begünstigten von der Erfüllung der Anforderungen oder Bestimmungen ein, die normalerweise im Hinblick auf persönliche Eigenschaften und auf berufliche oder andere Qualifikationen gelten, die der Begünstigte im Hinblick auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nachweisen muss.

ARTIKEL 5

VORRECHTE UND IMMUNITÄTEN VON DER ZIVIL- UND VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT

Genießt der Inhaber der Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit gemäß den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen oder eines anderen anwendbaren internationalen Vertrages, bezieht sich diese Immunität nicht auf Handlungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit stehen und die in den Anwendungsbereich des Zivil- oder Verwaltungsrechts des Empfangsstaats fallen. Der Entsendestaat wird die Immunität von der Vollstreckung aller gerichtlichen Entscheidungen, die im Zusammenhang mit solchen Handlungen getroffen werden, aufheben.

ARTIKEL 6

IMMUNITÄT VON DER STRAFGERICHTSBARKEIT

Genießt der Inhaber der Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder eines anderen anwendbaren internationalen Vertrages:

- a) verzichtet der Entsendestaat auf die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit, die der Begünstigte der Genehmigung im Empfangsstaat in Bezug auf Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung seiner Erwerbstätigkeit genießt, außer in Sonderfällen, in denen der Entsendestaat der Ansicht ist, dass der Verzicht seinen Interessen zuwiderlaufen könnte;
- b) erstreckt sich der Verzicht auf die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit nicht auf die Immunität von der Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidung, auf die ausdrücklich zu verzichten ist. In einem solchen Fall prüft der Entsendestaat den Antrag des Empfangsstaats eingehend.

ARTIKEL 7

STEUER- UND SOZIALSICHERHEITSSYSTEME

Gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder eines anderen anwendbaren internationalen Vertrages unterliegen die Begünstigten der Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit den Steuer- und Sozialversicherungssystemen des Empfangsstaates in Bezug auf alle Aspekte, die mit der besagten Tätigkeit in diesem Staat zusammenhängen.

ARTIKEL 8

ÄNDERUNGEN UND ERGÄNZUNGEN

Dieses Abkommen kann jederzeit durch schriftliche Vereinbarung der Parteien geändert und ergänzt werden. Die Vereinbarung tritt gemäß den Bestimmungen von Artikel 11 in Kraft.

ARTIKEL 9

STREITBEILEGUNG

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen und Konsultationen zwischen den Parteien beigelegt.

ARTIKEL 10

DAUER UND KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen gilt auf unbestimmte Zeit. Jede Partei kann das Abkommen kündigen, indem sie die andere Partei unter Einhaltung einer Frist von sechs (6) Monaten darüber schriftlich in Kenntnis setzt.

ARTIKEL 11

INKRAFTTRETEN

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Erhalt der letzten auf diplomatischem Weg übermittelten Notifizierung über die Erfüllung der innerstaatlichen gesetzlichen Verfahren in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihrer jeweiligen Regierung gehörig bevollmächtigten unterzeichneten Vertreter dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Brüssel, am 4. Dezember 2018, in zwei Urschriften in armenischer, französischer niederländischer und englischer Sprache. Im Falle unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

FÜR DAS KÖNIGREICH BELGIEN:

FÜR DIE REPUBLIK ARMENIEN:

Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-
Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen
Gemeinschaft,

Didier REYNERS
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Europäische Angelegenheiten

Zohrab MNATSAKANYAN
Minister für Auswärtige Angelegenheiten

ACCORD

ENTRE

LE ROYAUME DE BELGIQUE

ET

L'UKRAINE

SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF

**PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES**

**ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
L'UKRAINE
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF
PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES**

LE ROYAUME DE BELGIQUE, REPRESENTÉ PAR :

**le Gouvernement fédéral,
le Gouvernement flamand,
le Gouvernement de la Région wallonne,
le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,
le Gouvernement de la Communauté germanophone,**

ET

L'UKRAINE,

CI-APRÈS DÉNOMMÉS « LES PARTIES »,

DÉSIREUX de conclure un accord visant à faciliter l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille de membres du personnel des missions diplomatiques de la Partie d'envoi ou des postes consulaires de cette dernière sur le territoire de la Partie d'accueil,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT :

ARTICLE 1^{ER}

Champ d'application de l'Accord

1. Sont autorisés, sur base de réciprocité, à exercer une activité à but lucratif dans la Partie d'accueil :
 - a) le partenaire légal et les enfants célibataires âgés de moins de dix-huit ans à charge d'un agent diplomatique ou d'un fonctionnaire consulaire de la Partie d'envoi affectés :
 - (i) auprès de la Partie d'accueil, ou
 - (ii) auprès d'organisations internationales ayant un siège dans la Partie d'accueil ;
 - b) de même le partenaire légal d'un autre membre du personnel de la mission de la Partie d'envoi ou du personnel du poste consulaire de la même Partie ;tels que définis à l'article 1^{er} des Conventions de Vienne sur les Relations diplomatiques (1961) et sur les Relations consulaires (1963).
2. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif sera donnée par les autorités de la Partie d'accueil conformément aux dispositions légales et réglementaires en vigueur dans ladite Partie et conformément aux dispositions du présent Accord.
3. Cette autorisation ne concerne pas les ressortissants de la Partie d'accueil ni les résidents permanents sur son territoire.
4. Sauf si la Partie d'accueil en décide autrement, l'autorisation ne sera pas accordée aux bénéficiaires qui, après avoir entrepris une activité à but lucratif, cessent de faire partie du ménage des personnes visées au paragraphe premier du présent Article.
5. L'autorisation produit ses effets durant la période d'affectation des personnes visées au paragraphe premier du présent article dans la mission diplomatique ou le poste consulaire de la Partie d'envoi sur le territoire de la Partie d'accueil, et cesse ses effets au terme de cette affectation (ou dans un délai raisonnable suivant cette échéance).

ARTICLE 2

Procédures

1. Toute demande visant à obtenir l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est envoyée, au nom du bénéficiaire, par l'ambassade de la Partie d'envoi à la Direction générale du Protocole d'État du Ministère des Affaires étrangères de l'Ukraine ou à la Direction du Protocole du Service public fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique, suivant le cas.

Après vérification que la personne est à charge d'un agent relevant du champ d'application de l'article 1, paragraphe premier, et après examen de la demande officielle, l'ambassade de la Partie d'envoi sera informée par le gouvernement de la Partie d'accueil que la personne à charge peut exercer l'activité à but lucratif considérée.

2. Les procédures suivies sont appliquées de manière telle que le bénéficiaire de l'autorisation puisse entreprendre une activité à but lucratif dans les meilleurs délais. Toutes les dispositions régissant les permis de travail et autres formalités analogues sont appliquées dans un sens favorable.
3. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif n'entraînera aucune dispense pour le bénéficiaire de satisfaire aux exigences légales ou autres relatives aux caractéristiques personnelles, qualifications professionnelles ou autres dont l'intéressé doit justifier pour l'exercice de l'activité à but lucratif. Le bénéficiaire n'est donc pas autorisé à occuper une fonction qui, selon la législation en vigueur de la Partie d'accueil, ne peut être assurée que par un citoyen de la Partie d'accueil.
La reconnaissance par les Parties de tout diplôme, qualification, titre scientifique ou professionnel se fait conformément à la législation de la Partie d'accueil ou aux accords bilatéraux ou multilatéraux auxquels les Parties d'envoi et d'accueil sont parties.
4. L'ambassade de la Partie d'envoi informe la Division du Protocole du Service public fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique ou la Direction générale du Protocole d'État du Ministère des Affaires étrangères de l'Ukraine de tout changement lié au statut d'un membre de la famille exerçant une activité à but lucratif en vertu du présent Accord.

ARTICLE 3

Privilèges et immunités en matière civile et administrative

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière civile et administrative dans la Partie d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires ou de tout autre instrument international applicable, cette immunité ne s'applique pas aux actes découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif et entrant dans le champ d'application du droit civil ou administratif de la Partie d'accueil. La Partie d'envoi lèvera l'immunité d'exécution de toute décision judiciaire prononcée en rapport avec de tels actes.

ARTICLE 4

Immunité en matière pénale

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière pénale dans la Partie d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne précitées ou de tout autre instrument international applicable :

- a) la Partie d'envoi lève l'immunité de juridiction pénale dont jouit le bénéficiaire de l'autorisation à l'égard de la Partie d'accueil pour tout acte ou omission découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif, sauf dans des cas particuliers lorsque la Partie d'envoi estime que cette mesure pourrait être contraire à ses intérêts ;
- b) cette levée d'immunité de juridiction pénale ne sera pas considérée comme s'étendant à l'immunité d'exécution de la décision judiciaire, immunité pour laquelle une levée spécifique sera requise. Dans le cas d'une telle demande spécifique, la Partie d'envoi examinera de manière approfondie la requête de la Partie d'accueil.

ARTICLE 5

Régimes fiscal et de sécurité sociale

Conformément aux dispositions des Conventions de Vienne précitées ou en vertu de tout autre instrument international applicable, les bénéficiaires de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif sont assujettis aux régimes fiscal et de sécurité sociale de la Partie d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cette Partie.

Article 6

Durée et dénonciation

Le présent Accord restera en vigueur pour une durée indéterminée, l'une ou l'autre Partie pouvant y mettre fin à tout moment moyennant un préavis de six mois notifié par écrit à l'autre Partie. La dénonciation du présent Accord n'affectera pas la validité d'un permis de travail délivré en vertu du présent Accord avant sa dénonciation. Ledit permis de travail restera en vigueur pour la durée qui est spécifiée.

ARTICLE 7

Amendements

Le présent Accord peut être modifié à tout moment par consentement écrit des Parties confirmé par la voie diplomatique. Cet amendement entrera en vigueur de la même manière que le présent Accord.

ARTICLE 8

Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date de réception par les Parties par la voie diplomatique de la dernière notification écrite de l'accomplissement des procédures constitutionnelles et légales requises.

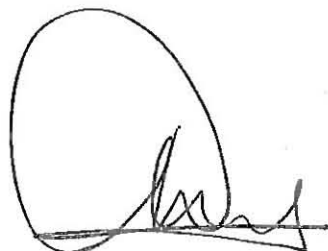
EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés ont signé le présent Accord.

FAIT à Bruxelles, le 10 février 2021, en deux exemplaires originaux, chacun en langues anglaise, ukrainienne, française et néerlandaise, tous les textes faisant également foi. Le texte en langue anglaise prévaudra en cas de divergence d'interprétation.

POUR LE ROYAUME DE BELGIQUE :
le Gouvernement fédéral,
le Gouvernement flamand,
le Gouvernement de la Région wallonne,
le Gouvernement de la Région de Bruxelles-
Capitale,
le Gouvernement de la Communauté
germanophone,



POUR L'UKRAINE :



ABKOMMEN
ZWISCHEN
DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DIE UKRAINE
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN
DES PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN UND
KONSULARISCHEN POSTEN

**ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DIE UKRAINE
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN
DES PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN
UND KONSULARISCHEN POSTEN**

DAS KÖNIGREICH BELGIEN, vertreten durch

**Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Und

DIE UKRAINE

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zu schließen, um die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern zu Lasten des Personals der Missionen des Entsendestaats beziehungsweise der konsularischen Posten, die dieser auf dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats unterhält, zu vereinfachen.

SIND wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Anwendungsbereich des Abkommens

1. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit dürfen folgende Personen eine Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat ausüben:

- a) Der gesetzliche Partner und die ledigen Kinder unter 18 Jahren des diplomatischen Beamten oder Konsularbeamten des Entsendestaats, der
 - (i) beim Empfangsstaat oder
 - (ii) bei einer internationalen Organisation mit Sitz im Empfangsstaat tätig ist;
- b) Der gesetzliche Partner eines anderen Personalmitglieds der Mission des Entsendestaats oder eines anderen Personalmitglieds eines konsularischen Postens dieses Staats;

gemäß Artikel 1 der Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und über konsularische Beziehungen.

2. Die Behörden des Empfangsstaats erteilen die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf der Grundlage der dort geltenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften und gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens.

3. Diese Genehmigung gilt nicht für die Staatsangehörigen des Empfangsstaats oder für Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet haben.

4. Sofern der Empfangsstaat nichts anderes bestimmt, wird den Begünstigten, die eine Erwerbstätigkeit angenommen haben, aber nicht länger zum Haushalt der in Artikel 1, erster Absatz, genannten Personen gehören, diese Genehmigung nicht erteilt.

5. Die Genehmigung ist für den Zeitraum gültig, in dem die im ersten Absatz dieses Artikels genannten Personen bei der diplomatischen Mission oder dem konsularischen Posten in dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats tätig sind und läuft spätestens bei der Beendigung der Tätigkeit ab (beziehungsweise innerhalb eines angemessenen Zeitraums danach).

ARTIKEL 2

Verfahren

1. Die Botschaft des Entsendestaats richtet den Antrag auf Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Namen des Begünstigten an die Direktion Protokoll des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine beziehungsweise an die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien.

Die Regierung des Empfangsstaats setzt die Botschaft des Entsendestaats nach Überprüfung, ob der Betreffende eine Person zu Lasten eines Beamten im Sinne von Artikel 1, erster Absatz, ist und nach Prüfung des offiziellen Ersuchens davon in Kenntnis, dass die Person zu Lasten die Erwerbstätigkeit ausüben darf.

2. Die einschlägigen Verfahren werden so angewandt, dass der Inhaber der Genehmigung so schnell wie möglich eine Erwerbstätigkeit ausüben kann; alle Bestimmungen in Sachen Arbeitserlaubnis und ähnliche Formalitäten werden vorteilhaft angewandt.

3. Die Genehmigung einer Erwerbstätigkeit bedeutet nicht, dass der Begünstigte für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit befreit wird von den Anforderungen oder Vorschriften, die normalerweise auf personenbezogene Daten, berufliche und andere Qualifikationen gelten, die der Interessent nachweisen muss. Der Begünstigte darf nicht in einer Stellung beschäftigt werden, die nach den im Aufnahmestaat geltenden Rechtsvorschriften nur von Bürgern des Aufnahmestaats ausgeübt werden kann. Die Anerkennung von Diplomen, Befähigungsnachweisen, wissenschaftlichen oder beruflichen Abschlüssen durch die Vertragsparteien erfolgt im Einklang mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaats oder mit bilateralen/multilateralen Übereinkünften, denen der Entsende- und der Empfangsstaat beigetreten sind.

4. Die diplomatische Vertretung des Entsendestaats unterrichtet die Direktion Protokoll des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Republik Ukraine oder die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien, wenn sich der Status eines erwerbstätigen Familienangehörigen nach diesem Abkommen ändert.

ARTIKEL 3

Zivil- und verwaltungsrechtliche Vorrechte und Immunitäten

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat zivil- und verwaltungsrechtliche Immunität von der Gerichtsbarkeit genießt gemäß den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags, findet die Immunität keine Anwendung auf Handlungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit stehen und die dem Zivil- und Verwaltungsrecht des Empfangsstaats unterliegen. Der Entsendestaat verzichtet auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, die in Bezug auf solche Handlungen ergangen sind.

ARTIKEL 4

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit Immunität von der Strafgerichtsbarkeit im Empfangsstaat genießt gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags:

- a) verzichtet der Entsendestaat auf die Immunität der Strafgerichtsbarkeit, die der Inhaber der Genehmigung gegenüber dem Empfangsstaat in Bezug auf alle Handlungen und Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit genießt, außer in Sonderfällen, in denen der Entsendestaat der Ansicht ist, dass der Verzicht den eigenen Interessen zuwiderläuft;
- b) der Verzicht auf die Strafgerichtsbarkeit erstreckt sich nicht auf die Immunität der

Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, auf die ausdrücklich zu verzichten ist. In diesem Fall zieht der Entsendestaat das Ersuchen des Empfangsstaats ernsthaft in Erwägung.

ARTIKEL 5

Steuer- und Sozialsicherheitssysteme

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags unterliegen die Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit den Rechtsvorschriften der Steuer- und Sozialsicherheitssystemen des Empfangsstaats in Bezug auf alle Aspekte, die mit der Ausübung dieser Tätigkeit in diesem Staat zusammenhängen.

ARTIKEL 6

Dauer und Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen mit der Maßgabe, dass jede Partei sie jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch schriftliche Mitteilung an die andere Partei kündigen kann. Die Kündigung dieses Abkommens berührt nicht die Gültigkeit der im Rahmen dieses Abkommens vor der Kündigung erteilten Arbeitserlaubnis, die für den in dieser Arbeitserlaubnis angegebenen Zeitraum in Kraft bleibt.

ARTIKEL 7

Änderungen

Dieses Abkommen kann jederzeit durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien geändert werden. Eine solche Vereinbarung tritt in der gleichen Weise in Kraft wie dieses Abkommen.

ARTIKEL 8

Inkrafttreten

Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifizierung über die Erfüllung der erforderlichen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Verfahren ausgetauscht wurde.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter, von ihren jeweiligen Regierungen dazu ordnungsgemäß befugt, ihre Unterschrift unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel, am 10. Februar 2021, in zwei Urschriften in englischer, ukrainischer, französischer, niederländischer Sprache. Bei einer unterschiedlichen Auslegung ist der Wortlaut in englischer Sprache maßgebend.

FÜR DAS KÖNIGREICH BELGIEN

Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-
Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen
Gemeinschaft

FÜR DIE OEKRAINE



ROYAUME DE BELGIQUE
Service public fédéral
**Affaires étrangères,
Commerce extérieur et
Coopération au Développement**

Direction des Traités – J4

Votre personne de contact :
Ann De Ridder Conseiller général
Tél : 02 501 82.70
E-Mail : ann.deridder@diplobel.fed.be

Monsieur le Ministre-Président
du Gouvernement de la Communauté
germanophone
A l'Attention de Madame **Rachel DODEMONT**
Rue Gospert 1-5
4700 EUPEN



votre communication du

vos références

nos références

J4/MDV/JUR.05.07/2022

1713514

date

29 JUIN 2022

à mentionner dans toute correspondance

Monsieur le Ministre-Président,

En application de l'article 16, § 1er, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, tel qu'il a été modifié par la loi spéciale du 5 mai 1993, j'ai l'honneur de vous adresser, pour assentiment par le Parlement de la Communauté germanophone, la copie certifiée conforme de l'Accord suivant:

Accord entre le Royaume de Belgique et la République Dominicaine sur l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille du personnel de missions diplomatiques et de postes consulaires, fait à Bruxelles le 17 juin 2022.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir m'informer lorsque la procédure d'assentiment sera terminée.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre-Président, l'expression de ma parfaite considération.

Pour le Ministre,
Ann De Ridder,
Conseiller général

Annexe(s): 1

ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA RÉPUBLIQUE DOMINICAINE
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF
PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES

**ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA RÉPUBLIQUE DOMINICAINE
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF
PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES**

LE ROYAUME DE BELGIQUE, représenté par :

**Le Gouvernement fédéral,
Le Gouvernement wallon,
Le Gouvernement flamand,
Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,
Le Gouvernement de la Communauté germanophone,**

ET

LA RÉPUBLIQUE DOMINICAINE,

DÉSIREUX de conclure un accord visant à faciliter l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille de membres du personnel de missions de l'Etat d'envoi ou des postes consulaires de ce dernier sur le territoire de l'Etat d'accueil,

SONT convenus de ce qui suit :

ARTICLE 1

Champ d'application

1. Sont autorisés, sur base de réciprocité, à exercer une activité à but lucratif dans l'Etat d'accueil :
 - a) le conjoint, le partenaire légal et les enfants célibataires âgés de moins de dix-huit ans à charge d'un agent diplomatique ou d'un fonctionnaire consulaire de l'Etat d'envoi affectés :
 - (i) auprès de l'Etat d'accueil, ou
 - (ii) auprès d'organisations internationales ayant un siège dans l'Etat d'accueil ;
 - b) de même, le conjoint et le partenaire légal d'un autre membre du personnel de la mission de l'Etat d'envoi ou du personnel du poste consulaire du même Etat ;tels que définis à l'article 1 des Conventions de Vienne sur les Relations diplomatiques (1961) et consulaires (1963).
2. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est donnée par les autorités de l'Etat d'accueil conformément aux dispositions légales et réglementaires en vigueur dans ledit Etat et conformément aux dispositions du présent Accord.
3. Cette autorisation ne concerne pas les ressortissants de l'Etat d'accueil ni les résidents permanents sur son territoire.
4. Sauf si l'Etat d'accueil en décide autrement, l'autorisation ne sera pas accordée à celui des bénéficiaires qui, après avoir accepté une activité rémunérée, cesse de faire partie de la famille des personnes visées au paragraphe premier du présent article.
5. L'autorisation produit ses effets durant la période d'affectation des personnes visées au paragraphe premier du présent article dans la mission diplomatique ou le poste consulaire de l'Etat d'envoi sur le territoire de l'Etat d'accueil, et cesse ses effets au plus tard au terme de cette affectation ou moyennant un délai raisonnable suivant cette échéance.

ARTICLE 2

Procédures

1. Toute demande visant à obtenir l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est envoyée, au nom du bénéficiaire, par l'ambassade de l'Etat d'envoi auprès de la Direction du Protocole du Ministère des Affaires étrangères de la République dominicaine ou de la Direction du Protocole du Service public fédéral des Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique, suivant le cas.

Après vérification que la personne est à charge d'un agent visé par le champ d'application de l'article 1 § 1, et après examen de la demande officielle, l'ambassade de l'Etat d'envoi sera informée par le gouvernement de l'Etat d'accueil que la personne à charge peut exercer l'activité à but lucratif.

2. Les procédures suivies sont appliquées de manière telle que le bénéficiaire de l'autorisation puisse entreprendre une activité à but lucratif dans les meilleurs délais ; toutes les dispositions régissant les permis de travail et autres formalités analogues sont appliquées dans un sens favorable.
3. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif n'entraînera aucune dispense pour le bénéficiaire de satisfaire aux exigences usuelles ou réglementaires relatives aux données personnelles, qualités professionnelles ou autres que l'intéressé doit justifier pour l'exercice de son activité rémunérée.
4. Les dispositions du présent Accord ne peuvent pas être interprétées dans le sens de la reconnaissance des titres, diplômes ou études entre les deux Etats.

ARTICLE 3

Privilèges et immunités en matière civile et administrative

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière civile et administrative dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires ou de tout autre instrument international applicable, cette immunité ne s'applique pas aux actes découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif et rentrant dans le champ d'application du droit civil ou administratif de l'Etat d'accueil. L'Etat d'envoi lèvera l'immunité d'exécution de toute décision judiciaire prononcée en rapport avec de tels actes.

ARTICLE 4

Immunité en matière pénale

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière pénale dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne précitées ou de tout autre instrument international :

- a) l'Etat d'envoi lève l'immunité de juridiction pénale dont jouit le bénéficiaire de l'autorisation à l'égard de l'Etat d'accueil pour tout acte ou omission découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif, sauf dans des cas particuliers lorsque l'Etat d'envoi estime que cette mesure pourrait être contraire à ses intérêts ;

- b) cette levée d'immunité de juridiction pénale ne sera pas considérée comme s'étendant à l'immunité d'exécution de la décision judiciaire, immunité pour laquelle une levée spécifique devra être requise. Dans le cas d'une telle demande spécifique, l'Etat d'envoi prendra la requête de l'Etat d'accueil sérieusement en considération.

ARTICLE 5

Régimes fiscal et de sécurité sociale

Conformément aux dispositions des Conventions de Vienne précitées ou en vertu de tout autre instrument international applicable, les bénéficiaires de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif sont assujettis aux régimes fiscal et de sécurité sociale de l'Etat d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cet Etat.

ARTICLE 6

Durée et dénonciation

Le présent Accord restera en vigueur pour une période indéfinie, chacune des Parties pouvant y mettre fin à tout moment, moyennant un préavis de six mois adressé par écrit à l'autre Partie.

ARTICLE 7

Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date d'échange de la dernière notification de l'accomplissement des procédures constitutionnelles et légales requises.

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à Bruxelles, le 17 juin 2022, en deux exemplaires originaux, chacun en langues française, néerlandaise et espagnole, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence dans l'interprétation, le texte français prévaudra.

**POUR LE ROYAUME DE
BELGIQUE :**

le Gouvernement fédéral,
le Gouvernement wallon,
le Gouvernement de la Région de
Bruxelles-Capitale,
le Gouvernement de la Communauté
germanophone,



le Gouvernement flamand,



**POUR LA RÉPUBLIQUE
DOMINICAINE :**



OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE DOMINICAANSE RÉPUBLIEK
INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN
DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL
VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN

**OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE DOMINICAANSE REPUBLIEK
INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN
DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL
VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN**

HET KONINKRIJK BELGIË, vertegenwoordigd door:

**De Federale Regering,
De Vlaamse Regering,
De Waalse Regering,
De Regering van het Brussels Hoofdstedelijke Gewest,
De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,**

EN

DE DOMINICAANSE REPUBLIEK,

GELEID DOOR DE WENS een overeenkomst te sluiten teneinde het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de zendingen van de Zendstaat dan wel van consulaire posten die deze heeft op het grondgebied van de Ontvangende Staat, te vergemakkelijken,

ZIJN het volgende overeengekomen:

ARTIKEL 1

Toepassingsgebied van de Overeenkomst

1. Mogen op grond van wederkerigheid betaalde werkzaamheden verrichten in de Ontvangende Staat:
 - a) de echtgen(o)t(e), de wettelijke partner en de ongehuwde kinderen ten laste jonger dan 18 jaar van een diplomatieke agent of een consulaire ambtenaar van de Zendstaat die zijn aangesteld:
 - (i) bij de Ontvangende Staat, dan wel
 - (ii) bij internationale organisaties met een zetel in de Ontvangende Staat;
 - b) evenzo, de echtgen(o)t(e) en de wettelijke partner van een ander personeelslid van de zending van de Zendstaat of van een ander personeelslid van de consulaire post van deze Staat;

zoals bepaald in artikel 1 van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek verkeer (1961) en consulaire verkeer (1963).
2. De toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten wordt verleend door de autoriteiten van de Ontvangende Staat overeenkomstig de aldaar van kracht zijnde wetgeving en voorschriften en overeenkomstig het bepaalde in deze Overeenkomst.
3. Deze toestemming geldt niet voor de ingezetenen van de Ontvangende Staat of de vaste verblijfhouders op zijn grondgebied.
4. Tenzij de Ontvangende Staat anderszins beslist, wordt geen toestemming verleend aan de begunstigden die, na betaalde werkzaamheden te hebben aanvaard, niet langer deel uitmaken van het gezin van de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen.
5. De toestemming is geldig voor de periode dat de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen zijn aangesteld bij de diplomatieke zending of de consulaire post van de Zendstaat op het grondgebied van de Ontvangende Staat, en vervalt op zijn laatst wanneer de aanstelling eindigt, dan wel binnen een redelijke termijn na de beëindiging.

ARTIKEL 2

Procedures

1. Elk verzoek om toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden wordt uit naam van de begunstigde door de ambassade van de Zendstaat gestuurd naar de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken van de Dominicaanse Republiek dan wel naar de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België.

Na verificatie of de persoon ten laste is van een agent voorzien in het toepassingsgebied van het artikel 1, eerste paragraaf, en na onderzoek van het officiële verzoek, zal de regering van de Ontvangende Staat de ambassade van de Zendstaat ervan in kennis stellen dat de persoon ten laste de betaalde werkzaamheid mag uitoefenen.

2. De gevolgde procedures worden dusdanig toegepast dat de begunstigde van de toestemming zo snel mogelijk betaalde werkzaamheden kan verrichten; alle voorschriften inzake werkvergunningen en soortgelijke formaliteiten worden welwillend toegepast.
3. Toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten betekent niet dat de begunstigde wordt vrijgesteld van de vereisten of voorschriften die gewoonlijk van toepassing zijn op persoonsgegevens, professionele of andere kwalificaties waarvan de belanghebbende het bewijs dient te leveren voor het verrichten van de betaalde werkzaamheden.
4. De bepalingen van deze Overeenkomst kunnen niet worden geïnterpreteerd in de zin van de erkenning van titels, diploma's of studies tussen de twee Staten.

ARTIKEL 3

Civil- en administratiefrechtelijke voorrechten en immuniteiten

Ingeval de begunstigde van een toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten civil- en administratiefrechtelijke immuniteit van rechtsmacht geniet in de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek en consulaire verkeer, dan wel enig ander toepasselijk internationaal verdrag, is deze immuniteit niet van toepassing op handelingen die voortvloeien uit het verrichten van betaalde werkzaamheden welke onder het burgerlijk en administratief recht van de Ontvangende Staat vallen. De Zendstaat zal afstand doen van de immuniteit van tenuitvoerlegging van alle gerechtelijke uitspraken die met betrekking tot dergelijke handelingen worden uitgesproken.

ARTIKEL 4

Immuniteit ten aanzien van strafzaken

Ingeval de begunstigde van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden immuniteit geniet ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken van de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen, dan wel van enig ander toepasselijk internationaal verdrag:

- a) doet de Zendstaat afstand van de immuniteit van de rechtsmacht in strafzaken die de begunstigde van de toestemming ten aanzien van de Ontvangende Staat geniet met betrekking tot elk handelen of nalaten dat voortvloeit uit de betaalde werkzaamheden,

behalve in bijzondere gevallen wanneer de Zendstaat van mening is dat het doen van afstand in strijd zou kunnen zijn met zijn belangen;

- b) het doen van afstand van immuniteit ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken wordt niet geacht mede betrekking te hebben op de immuniteit ten aanzien van de tenuitvoerlegging van de gerechtelijke uitspraak, waarvan uitdrukkelijk afstand moet worden gedaan. In dergelijk geval neemt de Zendstaat het verzoek van de Ontvangende Staat ernstig in overweging.

ARTIKEL 5

Belasting- en sociale zekerheidsstelsels

In overeenstemming met de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen dan wel krachtens enig ander toepasselijk internationaal verdrag zijn de begunstigten van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden onderworpen aan de belasting- en sociale zekerheidsstelsels van de Ontvangende Staat, ten aanzien van alles wat verband houdt met het verrichten van bedoelde werkzaamheden in deze Staat.

ARTIKEL 6

Duur en beëindiging

Deze Overeenkomst blijft van kracht voor onbepaalde duur, met dien verstande dat elk van de Partijen ze te allen tijde kan beëindigen door hiervan zes maanden van te voren schriftelijk kennis te geven aan de andere Partij.

ARTIKEL 7

Inwerkingtreding

Deze Overeenkomst zal in werking treden op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag van uitwisseling van de laatste kennisgeving van de voltooiing van de grondwettelijke en wettelijke procedures.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondertekenende vertegenwoordigers, daartoe naar behoren gemachtigd door hun respectieve Regeringen, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te Brussel, op 17 juni 2022, in twee originele exemplaren, in de Franse, de Nederlandse en de Spaanse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek. In geval van verschil in interpretatie is de Franse tekst doorslaggevend.

VOOR HET KONINKRIJK BELGIË:

De Federale Regering,
De Waalse Regering,
De Regering van het Brussels
Hoofdstedelijke Gewest,
De Regering van de Duitstalige
Gemeenschap,



De Vlaamse Regering,



**VOOR DE DOMINICAANSE
REPUBLIEK:**



ACUERDO
ENTRE
EL REINO DE BÉLGICA
Y
LA REPÚBLICA DOMINICANA
SOBRE EL DESEMPEÑO DE ACTIVIDADES DE CARÁCTER LUCRATIVO
POR CIERTOS MIEMBROS DE LA FAMILIA
DEL PERSONAL DE MISIONES DIPLOMÁTICAS Y OFICINAS CONSULARES

**ACUERDO
ENTRE
EL REINO DE BÉLGICA
Y
LA REPÚBLICA DOMINICANA
SOBRE EL DESEMPEÑO DE ACTIVIDADES DE CARÁCTER LUCRATIVO
POR CIERTOS MIEMBROS DE LA FAMILIA DEL PERSONAL DE MISIONES
DIPLOMÁTICAS Y OFICINAS CONSULARES**

EL REINO DE BÉLGICA, representado por:

**El Gobierno federal,
El Gobierno valón,
El Gobierno flamenco,
El Gobierno de la Región de Bruselas-Capital,
El Gobierno de la Comunidad germanófona,**

Y

LA REPÚBLICA DOMINICANA,

**EN SU voluntad de permitir el ejercicio de actividades remuneradas por parte de los familiares
a cargo del personal de las respectivas misiones diplomáticas y oficinas consulares acreditado
en el territorio de la otra Parte,**

HAN acordado lo siguiente:

ARTÍCULO 1

Ámbito del Acuerdo

1. En base a reciprocidad, las siguientes personas estarán autorizadas a desempeñar una actividad remunerada en el territorio del Estado receptor:
 - a) El cónyuge, el compañero de unión civil y los hijos solteros menores de dieciocho años dependientes de un agente diplomático o de un funcionario consular del Estado acreditante, acreditados:
 - (i) en el Estado receptor, o
 - (ii) ante una organización internacional establecida en el Estado receptor;
 - b) Así como, el cónyuge, el compañero de unión civil de los otros miembros del personal de la misión del Estado acreditante ó de la Oficina consular del mismo;

tal y como se define en el Artículo 1 de la Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas (1961) y Consulares (1963).
2. La autorización para desempeñar una actividad de carácter lucrativo será concedida por las Autoridades del Estado receptor de conformidad con las disposiciones legales y reglamentarias vigentes en ese Estado y sujeto a lo dispuesto en el presente Acuerdo.
3. Tal autorización no se extenderá a los nacionales del Estado receptor ni a los residentes permanentes en su territorio.
4. Salvo que el Estado receptor decida otra cosa, la autorización no será concedida a los beneficiarios quienes, habiendo empezado a desempeñar una actividad remunerada, dejen de pertenecer a la familia del personal definido en el párrafo uno (1) del presente artículo.
5. Esta autorización será válida mientras el personal a que se refiere el apartado uno del presente artículo ejerce sus funciones en la misión o en la oficina consular del Estado acreditante en el territorio del Estado receptor y hasta la terminación de su designación o dentro de un plazo de tiempo razonable después de dicha terminación.

ARTÍCULO 2

Procedimientos

1. La solicitud de autorización para el desempeño de una actividad remunerada estará introducida, en nombre del beneficiario, por la Embajada del Estado acreditante ante la Dirección de Protocolo del Ministerio de Asuntos Exteriores de la República Dominicana o ante la Dirección de Protocolo del Servicio Público Federal de Asuntos Exteriores, Comercio Exterior y Cooperación al Desarrollo del Reino de Bélgica.

Después de haber verificado que la persona es un dependiente de un agente o funcionario, tal como definido en el artículo 1 § 1, y procesado el pedido oficial, el Gobierno del Estado receptor informará a la Embajada del Estado acreditante que el dependiente está autorizado a aceptar un empleo.

2. Los procedimientos seguidos serán aplicados de tal manera que el beneficiario de la autorización pueda desempeñar una actividad remunerada lo más pronto posible. Cualquier requisito sobre permisos laborales y formalidades similares se aplicará favorablemente.
3. La autorización de ejercer una actividad lucrativa no exime al beneficiario de cumplir con los requerimientos usuales o reglamentarios con relación a características profesionales u otras calificaciones que se debe demostrar para ejercer dicha actividad remunerada.
4. Las disposiciones de este Acuerdo no se interpretarán como el reconocimiento de calificaciones, diplomas o estudios entre los dos Estados.

ARTÍCULO 3

Privilegios e inmunidades de la jurisdicción civil y administrativa.

En caso de que un beneficiario de la autorización de tener una actividad remunerada goce de inmunidad frente a la jurisdicción civil y administrativa del Estado receptor, en virtud de las provisiones de las Convenciones de Viena sobre Relaciones Diplomáticas y Consulares, o de cualquier otro instrumento internacional aplicable, no se aplicará esta inmunidad con respecto a de los actos derivados de la actividad remunerada que se enmarquen en el derecho civil y administrativo del Estado receptor. El Estado acreditante renunciará a la inmunidad de ejecución de toda sentencia con relación a estos asuntos.

ARTÍCULO 4

Inmunidad de jurisdicción penal

En caso de que un beneficiario de la autorización de ejercer una actividad remunerada goce de inmunidad frente a la jurisdicción penal del Estado receptor, en virtud de las provisiones de las Convenciones de Viena arriba mencionadas o de cualquier otro instrumento internacional :

- a) El Estado acreditante renunciará a la inmunidad de jurisdicción penal de la cual goce el beneficiario de la autorización en el Estado receptor, frente a cualquier acción u omisión que tenga relación con el ejercicio de la actividad remunerada, salvo en casos especiales en que el Estado acreditante considere que tal renuncia es contraria a sus intereses;

- b) La renuncia a la inmunidad de jurisdicción penal no será interpretada como extensiva a la inmunidad de ejecución de sentencia, para la cual se requerirá una renuncia específica. En caso de tal solicitud, el Estado acreditante estudiará muy seriamente toda solicitud que le presente el Estado receptor.

ARTÍCULO 5

Regímenes de impuestos y seguridad social

De acuerdo con las disposiciones de las Convenciones de Viena arriba mencionadas o de cualquier otro instrumento internacional aplicable, los beneficiarios de la autorización de ejercer una actividad remunerada estarán sujetos a los regímenes fiscal y de seguridad social del Estado receptor para todos asuntos relacionados con el ejercicio de la actividad remunerada en este Estado.

ARTÍCULO 6

Duración y terminación

El presente Acuerdo quedará en vigor por un período indefinido y cualquiera de las Partes podrá denunciarlo en cualquier momento mediante preaviso de seis (6) meses notificado por escrito a la otra Parte.

ARTÍCULO 7

Entrada en vigor

El presente Acuerdo entrará en vigor el primer día del segundo mes que sigue a la fecha del intercambio de la última notificación por la que se comunique el cumplimiento de los requerimientos constitucionales y legales.

EN FE DE LO CUAL, los abajo firmantes debidamente autorizados a este efecto por sus respectivos Gobiernos, han firmado el presente acuerdo.

HECHO en Bruselas, el día 17 de junio de 2022, en dos ejemplares originales, en lengua francesa, neerlandesa y española, siendo cada uno de los textos igualmente auténtico. En caso de divergencia de interpretación, prevalecerá el texto en lengua francesa.

POR EL REINO DE BÉLGICA:

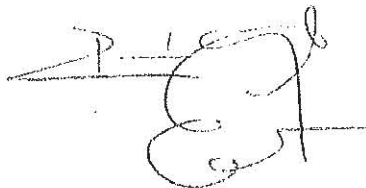
El Gobierno federal,
El Gobierno valón,
El Gobierno de la Región
de Bruselas-Capital,
El Gobierno de la Comunidad
germanófona,



El Gobierno flamenco,



**POR LA REPÚBLICA
DOMINICANA:**





COPIE CERTIFIÉE CONFORME À L'ORIGINAL
MET HET ORIGINEEL EENSLUIDEND VERKLAARD AFSCRIFT

Bruxelles,
Brussel,

28 JUN 2022

Le Chef du Service des Traités du
Service Public Fédéral Affaires Étrangères de Belgique
Het Hoofd van de Dienst Verdragen van de
Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken van België

**ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN
DES PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN
UND KONSULARISCHEN POSTEN**

DAS KÖNIGREICH BELGIEN, vertreten durch

Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Und

DIE DOMINIKANISCHE REPUBLIK,

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zu schließen, um die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern zu Lasten des Personals der Missionen des Entsendestaats beziehungsweise der konsularischen Posten, die dieser auf dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats unterhält, zu vereinfachen.

SIND wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Anwendungsbereich des Abkommens

1. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit dürfen folgende Personen eine Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat ausüben:

- a) **der Ehepartner, der gesetzliche Partner** und die ledigen Kinder unter 18 Jahren des diplomatischen Beamten oder Konsularbeamten des Entsendestaats, der
 - (i) beim Empfangsstaat oder
 - (ii) bei einer internationalen Organisation mit Sitz im Empfangsstaat tätig ist;

- b) sowie **der Ehepartner und der** gesetzliche Partner eines anderen Personalmitglieds der Mission des Entsendestaats oder eines anderen Personalmitglieds eines konsularischen Postens dieses Staats; gemäß Artikel 1 der Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und über konsularische Beziehungen.

2. Die Behörden des Empfangsstaats erteilen die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf der Grundlage der dort geltenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften und gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens.

3. Diese Genehmigung gilt nicht für die Staatsangehörigen des Empfangsstaats oder für Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet haben.

4. Sofern der Empfangsstaat nichts anderes bestimmt, wird den Begünstigten, die eine Erwerbstätigkeit angenommen haben, aber nicht länger zum Haushalt der in Artikel 1 genannten Personen gehören, diese Genehmigung nicht erteilt.

5. Die Genehmigung ist für den Zeitraum gültig, in dem die im ersten Absatz dieses Artikels genannten Personen bei der diplomatischen Mission oder dem konsularischen Posten in dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats tätig sind und läuft spätestens bei der Beendigung der Tätigkeit ab, beziehungsweise innerhalb eines angemessenen Zeitraums danach.

ARTIKEL 2

Verfahren

1. Die Botschaft des Entsendestaats richtet den Antrag auf Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Namen des Begünstigten an die Direktion Protokoll des Außenministeriums der Dominikanischen Republik beziehungsweise an die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien. Die Regierung des Empfangsstaats setzt die Botschaft des Entsendestaats nach Überprüfung, ob der Betreffende eine Person zu Lasten eines Beamten im Sinne von Artikel 1, erster Absatz, ist und nach Prüfung des offiziellen Ersuchens davon in Kenntnis, dass die Person zu Lasten die Erwerbstätigkeit ausüben darf.

2. Die einschlägigen Verfahren werden so angewandt, dass der Inhaber der Genehmigung so schnell wie möglich eine Erwerbstätigkeit ausüben kann; alle Bestimmungen in Sachen Arbeitserlaubnis und ähnliche Formalitäten werden vorteilhaft angewandt.

3. Die Genehmigung einer Erwerbstätigkeit bedeutet nicht, dass der Begünstigte für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit befreit wird von den Anforderungen oder Vorschriften, die normalerweise auf personenbezogene Daten, berufliche und andere Qualifikationen gelten, die der Interessent nachweisen muss.

4. Die Bestimmungen dieses Abkommens können nicht im Sinne einer gegenseitigen Anerkennung von Titeln, Diplomen oder Studien zwischen den zwei Staaten ausgelegt werden.

ARTIKEL 3

Zivil- und verwaltungsrechtliche Vorrechte und Immunitäten

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat zivil- und verwaltungsrechtliche Immunität von der Gerichtsbarkeit genießt gemäß den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags, findet die Immunität keine Anwendung auf Handlungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit stehen und die dem Zivil- und Verwaltungsrecht des Empfangsstaats unterliegen. Der Entsendestaat verzichtet auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, die in Bezug auf solche Handlungen ergangen sind.

ARTIKEL 4

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit Immunität von der Strafgerichtsbarkeit im Empfangsstaat genießt gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags:

- a) verzichtet der Entsendestaat auf die Immunität der Strafgerichtsbarkeit, die der Inhaber der Genehmigung gegenüber dem Empfangsstaat in Bezug auf alle Handlungen und Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit genießt, außer in Sonderfällen, in denen der Entsendestaat der Ansicht ist, dass der Verzicht den eigenen Interessen zuwiderläuft;
- b) der Verzicht auf die Strafgerichtsbarkeit erstreckt sich nicht auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, auf die ausdrücklich zu verzichten ist. In diesem Fall zieht der Entsendestaat das Ersuchen des Empfangsstaats ernsthaft in Erwägung.

ARTIKEL 5

Steuer- und Sozialsicherheitssysteme

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags unterliegen die Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit den Rechtsvorschriften der Steuer- und Sozialsicherheitssystemen des Empfangsstaats in Bezug auf alle Aspekte, die mit der Ausübung dieser Tätigkeit in diesem Staat zusammenhängen.

ARTIKEL 6

Dauer und Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen mit der Maßgabe, dass jede Partei sie jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch schriftliche Mitteilung an die andere Partei kündigen kann.

ARTIKEL 7

Inkrafttreten

Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifizierung über die Erfüllung der erforderlichen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Verfahren ausgetauscht wurde.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter, von ihren jeweiligen Regierungen dazu ordnungsgemäß befugt, ihre Unterschrift unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu XXX, am XXX

in zwei Urschriften in französischer, niederländischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei einer unterschiedlichen Auslegung ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

FÜR DAS KÖNIGREICH BELGIEN Die Föderalregierung, Die Flämische Regierung, Die Wallonische Regierung, Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt, Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	FÜR DIE DOMINIKANISCHE REPUBLIK
--	--

ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA RÉPUBLIQUE DU KOSOVO
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF
PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES

**ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA RÉPUBLIQUE DU KOSOVO
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITÉS À BUT LUCRATIF
PAR CERTAINS MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES**

LE ROYAUME DE BELGIQUE, représenté par :

**Le Gouvernement fédéral,
Le Gouvernement flamand,
Le Gouvernement wallon,
Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,
Le Gouvernement de la Communauté germanophone,**

ET

LA RÉPUBLIQUE DU KOSOVO,

DESIREUX de conclure un accord visant à faciliter l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille de membres du personnel de missions de l'Etat accréditant ou des postes consulaires de ce dernier sur le territoire de l'Etat d'accueil,

SONT convenus de ce qui suit :

ARTICLE 1

Champ d'application de l'Accord

1. Sont autorisés, sur base de réciprocité, à exercer une activité à but lucratif dans l'Etat d'accueil :
 - 1.1 le partenaire légal, tel que défini par la législation respective de l'Etat accréditant, et les enfants célibataires âgés de moins de dix-huit ans à charge d'un agent diplomatique ou d'un fonctionnaire consulaire de l'Etat accréditant affectés :
 - a) auprès de l'Etat d'accueil, ou
 - b) auprès d'organisations internationales ayant un siège dans l'Etat d'accueil ;
 - 1.2 de même le partenaire légal, tel que défini par la législation respective de l'Etat accréditant, d'un autre membre du personnel de la mission de l'Etat accréditant ou du personnel du poste consulaire du même Etat ;

tels que définis à l'article 1 des Conventions de Vienne sur les Relations diplomatiques (1961) et consulaires (1963).
2. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est donnée par les autorités de l'Etat d'accueil conformément aux dispositions légales et réglementaires en vigueur dans ledit Etat et conformément aux dispositions du présent Accord.
3. Cette autorisation ne concerne pas les ressortissants de l'Etat d'accueil ni les résidents permanents sur son territoire.
4. Sauf si l'Etat d'accueil en décide autrement, l'autorisation ne sera pas accordée à celui des bénéficiaires qui, après avoir accepté une activité à but lucratif, cesse de faire partie de la famille des personnes visées au paragraphe premier du présent article.
5. L'autorisation produit ses effets durant la période d'affectation des personnes visées au paragraphe premier du présent article dans la mission diplomatique ou le poste consulaire de l'Etat accréditant sur le territoire de l'Etat d'accueil, et cesse ses effets au plus tard au terme de cette affectation (ou moyennant un délai raisonnable suivant cette échéance).

ARTICLE 2

Procédures

1. Toute demande visant à obtenir l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est envoyée, au nom du bénéficiaire, par l'ambassade de l'Etat accréditant auprès de la Direction du Protocole du Ministère des Affaires étrangères de la République du Kosovo ou de la Direction du Protocole du Service public fédéral des Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique, suivant le cas.

Après vérification que la personne est à charge d'un agent visé par le champ d'application de l'article 1, paragraphe premier, et après examen de la demande officielle, le gouvernement de l'Etat d'accueil informera l'ambassade de l'Etat accréditant que la personne à charge peut exercer l'activité à but lucratif.

2. Les procédures suivies sont appliquées de manière telle que le bénéficiaire de l'autorisation puisse entreprendre une activité à but lucratif dans les meilleurs délais ; toutes les dispositions régissant les permis de travail et autres formalités analogues sont appliquées dans un sens favorable.
3. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif n'entraînera aucune dispense pour le bénéficiaire de satisfaire aux exigences usuelles ou réglementaires relatives aux données personnelles, qualités professionnelles ou autres que l'intéressé doit justifier pour l'exercice de son activité rémunérée.

ARTICLE 3

Privileges et immunités en matière civile et administrative

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière civile et administrative dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires ou de tout autre instrument international applicable, cette immunité ne s'applique pas aux actes découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif et rentrant dans le champ d'application du droit civil ou administratif de l'Etat d'accueil. L'Etat accréditant lèvera l'immunité d'exécution de toute décision judiciaire prononcée en rapport avec de tels actes.

ARTICLE 4

Immunité en matière pénale

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière pénale dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne précitées ou de tout autre instrument international applicable :

- 1.1 L'Etat accréditant lève l'immunité de juridiction pénale dont jouit le bénéficiaire de l'autorisation à l'égard de l'Etat d'accueil pour tout acte ou omission découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif, sauf dans des cas particuliers lorsque l'Etat accréditant estime que cette mesure pourrait être contraire à ses intérêts ;
- 1.2 cette levée d'immunité de juridiction pénale ne sera pas considérée comme s'étendant à l'immunité d'exécution de la décision judiciaire, immunité pour laquelle une levée spécifique devra être requise. Dans le cas d'une telle demande spécifique, l'Etat accréditant prendra la requête de l'Etat d'accueil sérieusement en considération.

ARTICLE 5

Régimes fiscal et de sécurité sociale

Conformément aux dispositions des Conventions de Vienne précitées ou en vertu de tout autre instrument international applicable, les bénéficiaires de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif sont assujettis aux régimes fiscal et de sécurité sociale de l'Etat d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cet Etat.

ARTICLE 6

Durée et dénonciation

Le présent Accord restera en vigueur pour une période indéfinie, chacune des Parties pouvant y mettre fin à tout moment, moyennant un préavis de six mois adressé par écrit à l'autre Partie.

ARTICLE 7

Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date d'échange de la dernière notification de l'accomplissement des procédures constitutionnelles et légales requises.

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à Bruxelles, le 17 juin 2022, en deux exemplaires originaux, chacun en langues française, néerlandaise, albanaise, serbe et anglaise, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

**POUR LE ROYAUME DE
BELGIQUE :**

le Gouvernement fédéral,
le Gouvernement wallon,
le Gouvernement de la Région de
Bruxelles-Capitale,
le Gouvernement de la Communauté
germanophone,



le Gouvernement flamand,



**POUR LA RÉPUBLIQUE DU
KOSOVO :**



**OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE REPUBLIEK KOSOVO
INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN
DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL
VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN**

**OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE REPUBLIEK KOSOVO
INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN
DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL
VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN**

HET KONINKRIJK BELGIË, vertegenwoordigd door:

**De Federale Regering,
De Vlaamse Regering,
De Waalse Regering,
De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,**

EN

DE REPUBLIEK KOSOVO,

GELEID DOOR DE WENS een overeenkomst te sluiten teneinde het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de zendingen van de Zendstaat dan wel van consulaire posten die deze heeft op het grondgebied van de Ontvangende Staat, te vergemakkelijken,

ZIJN het volgende overeengekomen:

ARTIKEL 1

Toepassingsgebied van de Overeenkomst

1. Mogen op grond van wederkerigheid betaalde werkzaamheden verrichten in de Ontvangende Staat:
 - 1.1 de wettelijke partner, zoals gedefinieerd door de respectievelijke wetgeving van de Zendstaat, en de ongehuwde kinderen ten laste jonger dan 18 jaar van een diplomatieke agent of een consulaire ambtenaar van de Zendstaat die zijn aangesteld:
 - a) bij de Ontvangende Staat, dan wel
 - b) bij internationale organisaties met een zetel in de Ontvangende Staat;
 - 1.2 evenzo, de wettelijke partner, zoals gedefinieerd door de respectievelijke wetgeving van de Zendstaat, van een ander personeelslid van de zending van de Zendstaat of van een ander personeelslid van de consulaire post van deze Staat;

zoals bepaald in artikel 1 van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek verkeer (1961) en consulaire verkeer (1963).
2. De toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten wordt verleend door de autoriteiten van de Ontvangende Staat overeenkomstig de aldaar van kracht zijnde wetgeving en voorschriften en overeenkomstig het bepaalde in deze Overeenkomst.
3. Deze toestemming geldt niet voor de ingezetenen van de Ontvangende Staat of de vaste verblijfhouders op zijn grondgebied.
4. Tenzij de Ontvangende Staat anderszins beslist, wordt geen toestemming verleend aan de begunstigden die, na betaalde werkzaamheden te hebben aanvaard, niet langer deel uitmaken van het gezin van de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen.
5. De toestemming is geldig voor de periode dat de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen zijn aangesteld bij de diplomatieke zending of de consulaire post van de Zendstaat op het grondgebied van de Ontvangende Staat, en vervalt op zijn laatst wanneer de aanstelling eindigt (dan wel binnen een redelijke termijn na de beëindiging).

ARTIKEL 2

Procedures

1. Elk verzoek om toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden wordt uit naam van de begunstigde door de ambassade van de Zendstaat gestuurd naar de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken van de Republiek Kosovo dan wel naar de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België.

Na verificatie of de persoon ten laste is van een agent voorzien in het toepassingsgebied van het artikel 1, eerste paragraaf, en na onderzoek van het officiële verzoek, zal de regering van de Ontvangende Staat de ambassade van de Zendstaat ervan in kennis stellen dat de persoon ten laste de betaalde werkzaamheid mag uitoefenen.

2. De gevolgde procedures worden dusdanig toegepast dat de begunstigde van de toestemming zo snel mogelijk betaalde werkzaamheden kan verrichten; alle voorschriften inzake werkvergunningen en soortgelijke formaliteiten worden welwillend toegepast.
3. Toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten betekent niet dat de begunstigde wordt vrijgesteld van de vereisten of voorschriften die gewoonlijk van toepassing zijn op persoonsgegevens, professionele of andere kwalificaties waarvan de belanghebbende het bewijs dient te leveren voor het verrichten van de betaalde werkzaamheden.

ARTIKEL 3

Civiel- en administratiefrechtelijke voorrechten en immuniteiten

Ingeval de begunstigde van een toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten civiel- en administratiefrechtelijke immuniteit van rechtsmacht geniet in de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek en consulaire verkeer, dan wel enig ander toepasselijk internationaal verdrag, is deze immuniteit niet van toepassing op handelingen die voortvloeien uit het verrichten van betaalde werkzaamheden welke onder het burgerlijk en administratief recht van de Ontvangende Staat vallen. De Zendstaat zal afstand doen van de immuniteit van tenuitvoerlegging van alle gerechtelijke uitspraken die met betrekking tot dergelijke handelingen worden uitgesproken.

ARTIKEL 4

Immunititeit ten aanzien van strafzaken

Ingeval de begunstigde van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden immunititeit geniet ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken van de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen, dan wel van enig ander toepasselijk internationaal verdrag:

- 1.1 doet de Zendstaat afstand van de immunititeit van de rechtsmacht in strafzaken die de begunstigde van de toestemming ten aanzien van de Ontvangende Staat geniet met betrekking tot elk handelen of nalaten dat voortvloeit uit de betaalde werkzaamheden, behalve in bijzondere gevallen wanneer de Zendstaat van mening is dat het doen van afstand in strijd zou kunnen zijn met zijn belangen;
- 1.2 het doen van afstand van immunititeit ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken wordt niet geacht mede betrekking te hebben op de immunititeit ten aanzien van de tenuitvoerlegging van de gerechtelijke uitspraak, waarvan uitdrukkelijk afstand moet worden gedaan. In dergelijk geval neemt de Zendstaat het verzoek van de Ontvangende Staat ernstig in overweging.

ARTIKEL 5

Belasting- en sociale zekerheidsstelsels

In overeenstemming met de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen dan wel krachtens enig ander toepasselijk internationaal verdrag zijn de begunstigden van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden onderworpen aan de belasting- en sociale zekerheidsstelsels van de Ontvangende Staat, ten aanzien van alles wat verband houdt met het verrichten van bedoelde werkzaamheden in deze Staat .

ARTIKEL 6

Duur en beëindiging

Deze Overeenkomst blijft van kracht voor onbepaalde duur, met dien verstande dat elk van de Partijen ze te allen tijde kan beëindigen door hiervan zes maanden van te voren schriftelijk kennis te geven aan de andere Partij.

ARTIKEL 7

Inwerkingtreding

Deze Overeenkomst zal in werking treden op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag van uitwisseling van de laatste kennisgeving van de voltooiing van de grondwettelijke en wettelijke procedures.

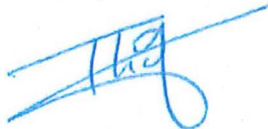
TEN BLIJKE WAARVAN de ondertekenende vertegenwoordigers, daartoe naar behoren gemachtigd door hun respectieve Regeringen, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te Brussel, op 17 juni 2022, in twee originele exemplaren, in de Franse, de Nederlandse, de Albanese, de Servische en de Engelse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek. In geval van verschil in uitlegging is de Engelse tekst doorslaggevend.

VOOR HET KONINKRIJK BELGIË:

VOOR DE REPUBLIEK KOSOVO:

De Federale Regering,
De Waalse Regering,
De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
De Regering van de Duitstalige
Gemeenschap,



De Vlaamse Regering,



**AGREEMENT
BETWEEN
THE KINGDOM OF BELGIUM
AND
THE REPUBLIC OF KOSOVO
ON THE GAINFUL OCCUPATION
OF CERTAIN DEPENDENTS OF THE PERSONNEL
OF THE DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

**AGREEMENT
BETWEEN
THE KINGDOM OF BELGIUM
AND
THE REPUBLIC OF KOSOVO
ON THE GAINFUL OCCUPATION
OF CERTAIN DEPENDENTS OF THE PERSONNEL
OF THE DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

THE KINGDOM OF BELGIUM, represented by :

**The Federal Government,
The Flemish Government,
The Government of the Walloon Region,
The Government of the Brussels-Capital Region,
The Government of the German-speaking Community,**

AND

THE REPUBLIC OF KOSOVO,

DESIRING to conclude an agreement which aims to facilitate the gainful occupation of certain family members of personnel of diplomatic missions from the sending State or of consular posts of the latter on the territory of the receiving State,

AGREE on the following:

ARTICLE 1

Scope of the Agreement

1. On a reciprocal basis, the following are authorized to engage in gainful occupation in the receiving state :
 - 1.1 the legal partner, as defined by the respective legislation of the sending State and unmarried dependent children up to eighteen years of a diplomatic agent or of a consular official of the sending State assigned
 - a) to the receiving State, or
 - b) to international organizations with a seat in the receiving State;
 - 1.2 as well as the legal partner, as defined by the respective legislation of the sending State of another member of the personnel of the mission of the sending State or of the personnel of the consular post of the same State;

as defined in Article 1 of the Vienna Conventions on Diplomatic (1961) and Consular Relations (1963).
2. Authorizations to engage in a gainful occupation is given by the authorities of the receiving State in accordance with the laws and regulations in force in this State and subject to the provisions of this Agreement.
3. Such authorization does not extend to the nationals of the receiving State or permanent residents in its territory.
4. Unless the receiving State decides otherwise, authorization shall not be given to those beneficiaries who, having engaged in a gainful occupation, cease to form part of the household of the persons described in the first paragraph of this Article.
5. The authorization shall apply during the period in which the persons, covered in the first paragraph of this Article, are assigned to the diplomatic mission or consular post of the sending State in the territory of the receiving State until the conclusion of the term of the assignment (or within an acceptable timeframe following this event.)

ARTICLE 2

Procedures

1. All requests for authorization to engage in a gainful occupation shall be sent, on behalf of the beneficiary, by the Embassy of the sending State to the Office of the State Protocol in the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Kosovo or to the Protocol Division of the Federal Public Service Foreign Affairs, Foreign Trade and Development Cooperation of the Kingdom of Belgium accordingly.

Upon verification that the person is a dependent of an agent within the scope of the provisions of article 1, first paragraph, and processing of the official request, the government of the receiving State shall inform the embassy of the sending State that the dependent is eligible for gainful occupation.

2. The procedures followed shall be applied in a way that enables the beneficiary of the authorization to engage in a gainful occupation as soon as possible. All requirements relating to work permits and any other similar formalities shall be favorably applied.
3. Authorization for the beneficiary to engage in a gainful occupation shall not imply exemption from any legal or other requirements relating to personal characteristics, professional or other qualifications that the individual concerned must demonstrate in engaging in a gainful occupation.

ARTICLE 3

Civil and administrative privileges and immunities

In cases where the beneficiary of the authorization to engage in a gainful occupation enjoys immunity from the civil and administrative jurisdiction of the receiving State, in accordance with the provisions of the Vienna Conventions on diplomatic and consular relations or of any other applicable international instrument, such immunity shall not apply in respect of any act carried out in the course of the gainful occupation and falling within the civil or administrative law of the receiving State. The sending State shall waive immunity from execution of any sentence in relation to these matters.

ARTICLE 4

Criminal Immunity

In cases where a beneficiary of the authorization to engage in a gainful occupation enjoys immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State, in accordance with the provisions of the aforementioned Vienna Conventions or of any other applicable international instrument:

- 1.1 the sending State shall waive the immunity from criminal jurisdiction enjoyed by the beneficiary of the authorization with regard to the receiving State in respect of any act or mission arising from the gainful occupation, except in special instances where the sending State considers that such a waiver could be contrary to its own interests;
- 1.2 such a waiver of immunity from criminal jurisdiction shall not be construed as extending to immunity from execution of the sentence, for which a specific waiver shall be required. In the case of such request, the sending State shall give serious consideration to the request of the receiving State.

ARTICLE 5

Taxation and social security regimes

In accordance with the provisions of the aforementioned Vienna Conventions or of any other applicable international instrument, beneficiaries of the authorization to engage in a gainful occupation shall be subject to the taxation and social security regimes of the receiving State for all matters connected with their gainful occupation in that State.

ARTICLE 6

Duration and termination

This Agreement shall remain in force for an indefinite period, either Party being able to terminate it at any time by giving six months' notice in writing to the other Party.

ARTICLE 7

Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date of exchange of the last notification of the completion of the necessary constitutional and legal procedures.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives, duly authorized by their respective Governments, have signed this Agreement.

DONE at Brussels, on the 17th day of the month of June of the year 2022, in two originals copies, each in French, Dutch, Albanian, Serbian and English languages, each text being equally authentic. The English language text shall prevail in case of differences in interpretation.

FOR THE KINGDOM OF BELGIUM:

The Federal Government,
The Government of the Walloon Region,
The Government of the Brussels-Capital
Region,
The Government of the German-
speaking Community,

FOR THE REPUBLIC OF KOSOVO:



The Flemish Government,



MARRËVESHJE
NDËRMJET
MBRETËRISË SË BELGJIKËS
DHE
REPUBLIKËS SË KOSOVËS
MBI PROFESIONIN FITIMPRURËS
TË VARTËSVETË CAKTUAR TË STAFIT
TË MISIONEVE DIPLOMATIKE DHE POSTEVE KONSULLORE

**MARRËVESHJE
NDËRMJET
MBRETËRISË SË BELGJIKËS
DHE
REPUBLIKËS SË KOSOVËS
MBI PROFESIONIN FITIMPRURËS
TË VARTËSVETË ÇAKTUAR TË STAFIT
TË MISIONEVE DIPLOMATIKE DHE POSTEVE KONSULLORE**

MBRETËRIA E BELGJIKËS, PËRFAQËSUAR NGA:

**Qeveria federale,
Qeveria flamane,
Qeveria e Rajonit të Walloon,
Qeveria e Rajonit të kryeqytetit Bruksel,
Qeveria e Komunitetit gjermanofolës,**

DHE

REPUBLIKA E KOSOVËS,

DUKE DASHUR të lidhin një marrëveshje që synon të lehtësojë profesionin fitimprurës të anëtarëve të caktuar të familjes të stafit të misioneve diplomatike nga shteti dërgues ose posteve konsullore të këtij të fundit në territorin e shtetit pritës,

PAJTOHEN ME SA VIJON:

NENI 1

Fushëveprimi i marrëveshjes

1. Mbi baza reciproke, personat sa vijon janë të autorizuar të ushtrojnë profesion fitimprurës në shtetin pritës:
 - 1.1 partneri ligjor, siç përcaktohet nga legjislacioni përkatës i shtetit dërgues dhe fëmijët varës të pamartuar deri në moshën tetëmbëdhjetë vjeç të një agjenti diplomatik apo të një zyrtari konsullor të shtetit dërgues të vendosur;
 - a) në shtetin pritës, apo
 - b) në organizatat ndërkombëtare me seli në shtetin pritës;
 - 1.2 si dhe partneri ligjor, siç përcaktohet nga legjislacioni përkatës i shtetit dërgues të një anëtarit tjetër të stafit të misionit të shtetit dërgues ose të stafit të postit konsullor të të njëjtit shtet;

siç përcaktohet në Nenin 1 të Konventës së Vjenës mbi Marrëdhëniet Diplomatike (1961) dhe Marrëdhëniet Konsullore (1963).
2. Autorizimet për t'u angazhuar në një profesion fitimprurës jepen nga autoritetet e shtetit pritës në përputhje me ligjet dhe rregulloret në fuqi në këtë shtet, dhe varësisht nga dispozitat e kësaj Marrëveshjeje.
3. Autorizimi i tillë nuk i përfshinë shtetasit e shtetit pritës apo banorët e përhershëm në territorin e tij.
4. Përveç nëse shteti pritës vendos ndryshe, autorizimi nuk do t'u jepet përfituesve të cilët, pas angazhimit në një profesion fitimprurës, pushojnë të jenë pjesë të ekonomisë familjare të personave të përshkruar në paragrafin e parë të këtij neni.
5. Autorizimi zbatohet gjatë periudhës në të cilën personat, që mbulohen në paragrafin e parë të këtij neni, janë caktuar në misionin diplomatik apo postin konsullor të shtetit dërgues në territorin e shtetit pritës deri në përfundimin e afatit të detyrës së caktuar (apo brenda një afati kohor të pranueshëm pas kësaj ngjarjeje.)

NENI 2

Procedurat

1. Të gjitha kërkesat për autorizim për t'u angazhuar në një profesion fitimprurës dërgohen, në emër të përfituesit, nga Ambasada e shtetit dërgues në Zyrën e Protokollit të shtetit në Ministrinë e Punëve të Jashtme të Republikës së Kosovës apo në Divizionin e Protokollit të Shërbimit Publik Federal për Punë të Jashtme, Tregti të Jashtme dhe Bashkëpunim Zhvillimor të Mbretërisë së Belgjikës, sipas rrethanave.
Pas verifikimit që personi është vartës i një agjenti brenda fushëveprimit të dispozitave të nenit 1, paragrafi i parë dhe pas procedimit të kërkesës zyrtare, qeveria e shtetit pritës informon ambasadën e shtetit dërgues se personi vartës ka të drejtë të ushtroj profesion fitimprurës.
2. Procedurat e ndjekura zbatohen në një mënyrë që i lejon përfituesit të autorizimit të angazhohet në një profesion fitimprurës sa më shpejt që të jetë e mundur. Të gjitha kërkesat në lidhje me lejet e punës dhe çdo formalitet tjetër i ngjashëm do të zbatohen në mënyrë të favorshme.
3. Autorizimi që përfituesit të angazhohet në një profesion fitimprurës nuk nënkupton përjashtim nga çfarëdo kërkesë ligjore apo tjetër në lidhje me karakteristikat personale, kualifikimet profesionale apo kualifikimet e tjera që individi në fjalë duhet të demonstrojë për t'u përfshirë në një profesion fitimprurës.

NENI 3

Privilegjet dhe imunitetet civile dhe administrative

Në rastet kur përfituesi i autorizimit për tu angazhuar në një profesion fitimprurës gëzon imunitet nga juridiksioni civil dhe administrativ i shtetit pritës, në përputhje me dispozitat e Konventave të Vjenës për marrëdhëniet diplomatike dhe konsullore apo të ndonjë instrumenti tjetër të zbatueshëm ndërkombëtar, ky imuniteti nuk do vlejë në lidhje me asnjë veprim të kryer gjatë ushtrimit të profesionit fitimprurës dhe që bie brenda të drejtës civile ose administrativ të shtetit pritës. Shteti dërgues heq imunitetin nga ekzekutimi i çdo dënimi në lidhje me këto çështje.

NENI 4

Imuniteti penal

Në rastet kur një përfitues i autorizimit për tu angazhuar në një profesion fitimprurës gëzon imunitet nga juridiksioni penal i shtetit pritës, në përputhje me dispozitat e Konventave të sipërpërmendura të Vjenës apo të ndonjë instrumenti tjetër ndërkombëtar të zbatueshëm:

- 1.1 shteti dërgues heq dorë nga imuniteti ndaj juridiksionit penal që përfituesi i autorizimit e gëzon në raport me shtetin pritës për çdo veprim apo mision që rrjedh nga profesioni fitimprurës, përveç në raste të veçanta kur shteti dërgues konsideron se një heqje dorë e tillë mund të të jetë në kundërshtim me interesat e veta;
- 1.2 heqja dorë e tillë nga imuniteti ndaj juridiksionit penal nuk interpretohet si zgjerim i imunitetit nga ekzekutimi i dënimit, për të cilën kërkohet një heqje dorë e veçantë. Në rastin e një kërkesë të tillë, shteti dërgues shqyrton seriozisht kërkesën e shtetit pritës.

NENI 5

Regjimet e tatimeve dhe sigurimeve shoqërore

Në përputhje me dispozitat e Konventave të sipërpërmendura të Vjenës apo të ndonjë instrumenti tjetër ndërkombëtar të zbatueshëm, përfituesit e autorizimit për t'u angazhuar në një profesion fitimprurës i nënshtrohen regjimeve të tatimit dhe sigurimeve shoqërore të shtetit pritës për të gjitha çështjet që lidhen me profesionin e tyre fitimprurës në atë shtet.

NENI 6

Kohëzgjatja dhe përfundimi

Kjo Marrëveshje do të mbetet në fuqi për një periudhë të pacaktuar, ku secila Palë mund ta përfundojë atë në çdo kohë duke e njoftuar me shkrim palën tjetër gjashtë muaj përpara.

NENI 7

Hyrja në fuqi

Kjo Marrëveshje hyn në fuqi në ditën e parë të muajit të dytë pas datës së shkëmbimit të njoftimit të fundit për përfundimin e procedurave të nevojshme kushtetuese dhe ligjore.

NË DËSHMI TË KËSAJ, përfaqësuesit e nënshkruar, të autorizuar nga qeveritë e tyre përkatëse, kanë nënshkruar këtë Marrëveshje.

E PËRPILUAR në Bruksel më 17 qershor 2022, në dy kopje origjinale, secila në frëngjisht, holandisht, shqip, serbisht dhe anglisht, secili tekst është njësoj autentik. Teksti në gjuhën angleze mbizotëron në rast të dallimeve në interpretim.

PËR MBRETËRINË E BELGJIKËS:

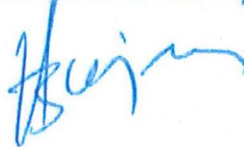
Qeveria federale,
Qeveria e Rajonit të Walloon,
Qeveria e Rajonit të kryeqytetit Bruksel,
Qeveria e Komunitetit gjermanofolës,



Qeveria flamane,



PËR REPUBLIKËN E KOSOVËS :



**SPORAZUM
IZMEĐU
KRALJEVINE BELGIJE
I
REPUBLIKE KOSOVO
O PLAĆANIM ZANIMANJIMA ODREĐENIH IZDRŽAVANIH ČLANOVA
OSOBLJA DIPLOMATSKIH MISIJA I KONZULARNIH PREDSTAVNIŠTAVA**

**SPORAZUM
IZMEĐU
KRALJEVINE BELGIJE
I
REPUBLIKE KOSOVO
O PLAĆANIM ZANIMANJIMA ODREĐENIH IZDRŽAVANIH ČLANOVA
OSOBLJA DIPLOMATSKIH MISIJA I KONZULARNIH PREDSTAVNIŠTAVA**

KRALJEVINA BELGIJA, KOJU ZASTUPA:

Savezna vlada,
Flamanska vlada,
Vlada regije Valonija,
Vlada regije glavnog grada Brisela,
Vlada zajednice nemačkog govornog područja,

I

REPUBLIKA KOSOVO,

U ŽELJI da zaključe sporazum koji ima za cilj olakšati plaćana zanimanja određenih članova porodica osoblja diplomatskih misija iz države pošiljaoca ili konzularnih predstavništava potonje na teritoriji države primaoca

DOGOVORILI SU SE O SLEDEĆEM:

ČLAN 1

Područje primene sporazuma

1. Na uzajamnoj osnovi, sledeći su ovlašćeni da se bave plaćanim zanimanjem u državi primaoca:
 - 1.1 zakonski partner, kako je definisano odgovarajućim zakonodavstvom države pošiljaoca i neudata/neožnjena izdržavana deca do osamnaest godina diplomatskog agenta ili konzularnog službenika države pošiljaoca
 - a) državi primaoca ili
 - b) međunarodnim organizacijama sa sedištem u državi primaoca;
 - 1.2 kao i zakonski partner, kako je definisano odgovarajućim zakonodavstvom države pošiljaoca drugog člana osoblja misije države pošiljaoca ili osoblja konzularnog predstavništva iste države;

kao što je definisano u članu 1. Bečke Konvencije o diplomatskim odnosima (1961) i Konzularnim odnosima (1963).
2. Ovlašćenja za obavljanje plaćanog zanimanja izdaju organi države primaoca u skladu sa zakonima i propisima koji su na snazi u ovoj državi i u skladu sa odredbama ovog sporazuma.
3. Takvo se odobrenje ne odnosi na državljane države primaoca ili osobe sa stalnim prebivalištem na njenoj teritoriji.
4. Ako država primaoca ne odluči drugačije, neće se dati odobrenje onim korisnicima koji su, baveći se plaćanim zanimanjem, prestali predstavljati deo domaćinstva osoba opisanih u prvom stavu ovog člana.
5. Ovlašćenje se primenjuje tokom perioda u kojem su osobe obuhvaćene prvim stavom ovog člana raspoređene u diplomatsku misiju ili konzularno predstavništvo države pošiljaoca na teritoriji države primaoca do zaključenja mandata (ili u prihvatljivom roku nakon ovog događaja).

ČLAN 2

Postupci

1. Sve zahteve za odobrenje za bavljenje plaćanim zanimanjem, u ime korisnika, ambasada države pošiljaoca šalje Kancelariji državnog protokola u Ministarstvu spoljnih poslova Republike Kosovo ili Odeljenju za protokol Savezne službe za spoljne poslove, spoljnu trgovinu i razvojnu saradnju Kraljevine Belgije u skladu s tim.
Nakon provere da li je osoba izdržavana osoba u okviru odredaba člana 1, prvi stav, i obrade službenog zahteva, vlada države primaoca obavestiće ambasadu države pošiljaoca da izdržavana osoba ispunjava uslove za plaćano zanimanje.
2. Postupci koji se slede primenjuju se na način koji omogućava korisniku odobrenja da se što pre bavi plaćanim zanimanjem. Svi zahtevi koji se odnose na radne dozvole i bilo koje druge slične formalnosti primenjivaće se povoljno.
3. Odobrenje za korisnika za bavljenje plaćanim zanimanjem ne podrazumeva izuzeće od bilo kakvih zakonskih ili drugih zahteva koji se odnose na lične karakteristike, profesionalne ili druge kvalifikacije koje dotični pojedinac mora pokazati prilikom bavljenja plaćanim zanimanjem.

ČLAN 3

Građanske i administrativne privilegije i imuniteti

U slučajevima kada korisnik odobrenja za bavljenje plaćanim zanimanjem uživa imunitet od građanske i upravne nadležnosti države primaoca, u skladu sa odredbama Bečkih konvencija o diplomatskim i konzularnim odnosima ili bilo kojim drugim primenjivim međunarodnim instrumentom, kao što je imunitet, neće se primenjivati na bilo koji akt počinjen u toku plaćanog zanimanja i koji spada u građansko ili administrativno pravo države primaoca. Država pošiljalac će se odreći imuniteta od izvršenja bilo koje kazne u vezi sa ovim pitanjima.

ČLAN 4

Krivični imunitet

U slučajevima kada korisnik odobrenja za bavljenje plaćanim zanimanjem uživa imunitet od krivične nadležnosti države primaoca, u skladu sa odredbama gore spomenutih Bečkih konvencija ili bilo kojeg drugog primenjivog međunarodnog instrumenta:

- 1.1 država pošiljalac odriče se imuniteta od krivične nadležnosti koju uživa korisnik odobrenja u odnosu na državu primaoca u vezi sa bilo kojim činom ili misijom koja proizlazi iz plaćanog zanimanja, osim u posebnim slučajevima kada država pošiljalac smatra da takvo odricanje može biti u suprotnosti sa vlastitim interesima;
- 1.2 Takvo odricanje od imuniteta od krivične nadležnosti neće se tumačiti kao proširenje na imunitet od izvršenja kazne, za šta će biti potrebno određeno odricanje. U slučaju takvog zahteva, država pošiljalac će ozbiljno razmotriti zahtev države primaoca.

ČLAN 5

Oporezivanje i režimi socijalne sigurnosti

U skladu sa odredbama gore spomenutih Bečkih konvencija ili bilo kojeg drugog primenjivog međunarodnog instrumenta, korisnici odobrenja za bavljenje plaćanim zanimanjem podležu oporezivanju i režimima socijalne sigurnosti države primaoca za sva pitanja u vezi sa njihovim plaćanim zanimanjem u toj državi.

ČLAN 6

Trajanje i raskid

Ovaj sporazum ostaje na snazi na neodređeno vreme, bilo koja od strana može ga u bilo kojem trenutku raskinuti davanjem pismenog obaveštenja drugoj strani šest meseci pre raskida.

ČLAN 7

Stupanje na snagu

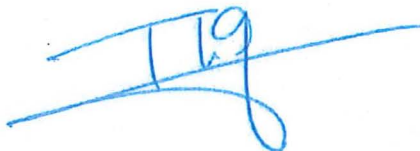
Ovaj sporazum stupa na snagu prvog dana drugog meseca nakon datuma razmene poslednjeg obaveštenja o završetku potrebnih ustavnih i pravnih postupaka.

U POTVRDU ČEGA su dole potpisani predstavnici, uredno ovlašćeni od strane svojih vlada, potpisali ovaj Sporazum.

Sastavljeno u Briselu, 17 Jun 2022, u dva primerka, svaki na francuskom, holandskom, albanskom, srpskom i engleskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako verodostojan. Tekst na engleskom jeziku imaće prednost u slučaju razlika u tumačenju.

ZA KRALJEVINU BELGIJU:

Savezna vlada,
Vlada regije Valonija,
Vlada regije glavnog grada Brisela,
Vlada zajednice nemačkog
govornog područja,



Flamanska vlada,



ZA REPUBLIKU KOSOVO:



Abkommen

zwischen

dem Königreich Belgien und der Republik Kosova

**über Ausübung von freien erwerbstätigen Berufen von Familienangehörigen des Personals
diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen**

Das Königreich Belgien, vertreten von:

**Bundesregierung
Flämische Regierung
Wallonische Regionalregierung
Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt
Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

und

Die Republik Kosova

Ausgehend von dem guten Willen, eine Vereinbarung zu treffen, Ausübung der freien erwerbstätigen Berufe seitens der Familienangehörigen des Personals diplomatischer Missionen des Entsendestaates oder konsularischer Posten in dem Gebiet des Empfangsstaates zu erleichtern einigten sich wie folgt:

Artikel 1.

Vertragsumfang

1. Auf gegenseitiges Einvernehmen sind folgende Personen erlaubt, ihre freien erwerbstätigen Berufe in dem Gebiet des Empfangsstaates auszuüben
 - 1.1 Ehepartner, wie es in dem Entsendestaat gesetzlich geregelt ist, und deren Kinder, soweit sie nicht verheiratet sind und nur bis zum 18. Lebensjahr, eines diplomatischen Bevorrechtigten oder eines Konsularbeamten des Entsendestaates,
 - a) in dem Empfangsstaat Aufenthalt genießt oder
 - b) in einer internationalen Organisation mit dem Sitz in dem Empfangsstaat

- 1.2 Ehepartner, wie es in dem Entsendestaat gesetzlich geregelt ist, eines anderen Personalmitglieds der diplomatischen Mission des Entsendestaates oder des konsularischen Personals desselben Staates

wie in Artikel 1 der Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (1961) und über konsularische Beziehungen (1963) festgelegt ist..

2. Das Erlaubnis zur Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs wird von der Behörde des Empfangsstaats gemäß den in diesem Staat geltenden Gesetzen und Vorschriften erteilt und unter Beachtung von Bestimmungen dieses Abkommens.

3. Diese Erlaubnis gilt nicht für Staatsangehörige oder ständige Einwohner auf dem Gebiet des Empfangsstaates.

4. Sofern der Empfangsstaat nicht anderes beschließt, wird die Erlaubnis einem Begünstigten, der nach Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs nicht mehr zu der in Absatz 1. dieses Artikels beschriebenen Familienmitglied gehört, aufgehoben.

5. Die Erlaubnis zur Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs bleibt in Kraft, solange genannte Personen in Absatz 1. dieses Artikels der diplomatischen Vertretung oder dem konsularischen Amt des Entsendestaats in dem Gebiet des Empfangsstaats bis zum Ablauf der Frist (oder innerhalb einer bestimmten Frist nach der Bevorrechtigung) gehören.

Artikel 2

Verfahren

1. Alle Anträge auf Erlass einer Erlaubnis zur Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs werden auf den Namen des Begünstigten von der Botschaft des Entsendestaates an das staatliche Protokollamt des Außenministeriums der Republik Kosova oder an die Protokollabteilung des Bundesdienstes für Öffentlichkeit und auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien gestellt.

Nach der Feststellung, dass die Person Familienmitglied eines Vertreters im Rahmen der Bestimmungen von Artikel 1. Absatz 1. ist, und nach Bearbeitung des Antrags, informiert die Regierung des Empfangsstaats die Botschaft des Entsendestaats darüber, dass der Familienangehörigen das Recht hat, einen freien erwerbstätigen Beruf ausüben darf.

2. Die angewandten Verfahren werden in der Art durchgeführt, so dass der Begünstigte so schnell wie möglich einen freien erwerbstätigen Beruf ausüben könnte. Alle Anforderungen in Bezug auf Arbeitserlaubnisse und ähnliche Formalitäten werden in bevorzugter Art und Weise durchgeführt.

3. Der Erlass einer Erlaubnis des Begünstigten zur Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs unterstellt keine Ausnahme, gesetzliche oder sonstige Anforderungen in Bezug auf die persönlichen Merkmale, beruflichen oder sonstigen Qualifikationen, die diese Person nachweisen muss, um einen freien erwerbstätigen Beruf auszuüben.

Artikel 3

Zivil- und Verwaltungsprivilegien und Immunitäten

In Fällen, in denen der Begünstigte zur Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs, gemäß den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen oder eines anderen anwendbaren internationalen Instruments, Immunität von der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaats genießt, erlöscht diese Immunität bezüglich der Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs, der im Bereich der Zivil- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaats fällt. In solchen Fällen wird der Entsendestaat die Immunität gegen Vollstreckungsmaßnahmen jeglicher Angelegenheiten aufheben.

Artikel 4

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

In Fällen, in denen ein Begünstigter zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, gemäß den Bestimmungen der vorgenannten Wiener Übereinkommen oder eines anderen anwendbaren internationalen Instruments, Immunität von der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaats genießt:

1.1 der Entsendestaat hebt die Immunität von der Strafgerichtsbarkeit auf, die der Begünstigte in dem Empfangsstaat für Handlungen oder Aufgaben aus einem freien erwerbstätigen Beruf genießt, außer in Fällen, in denen der Entsendestaat der Ansicht ist, dass eine solche Aufhebung gegen eigene Interessen sein könnte;

1.2 eine solche Aufhebung der Immunität von der Strafgerichtsbarkeit ist nicht als Verlängerung der Immunität von der Strafvollstreckung zu verstehen, für die eine besondere Aufhebung beantragt wird. Im Falle eines solchen Antrags prüft der Entsendestaat den Antrag des Empfangsstaats ernsthaft.

Artikel 5

Steuer- und Sozialversicherungspflicht

Gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder eines anderen anwendbaren internationalen Instruments stellt ein Begünstigte bei Ausübung eines freien erwerbstätigen Berufs der Steuer- und Sozialversicherungspflicht des Empfangsstaats keine Ausnahme

Artikel 6

Dauer und Ende

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft. Jede Vertragspartei kann es jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gegenüber der anderen Vertragspartei schriftlich kündigen.

Artikel 7

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Datum des Austauschs der letzten Mitteilung über den Abschluss der erforderlichen Verfassungs- und gesetzlichen Verfahren in Kraft.

ZU BEWEIS DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter, die von ihren jeweiligen Regierungen ordnungsgemäß ermächtigt wurden, dieses Abkommen unterzeichnet.

Verfasst am in zwei originalen Exemplaren in französischer, niederländischer, albanischer, serbischer und englischer Sprache. Alle Texte sind gleichermaßen identisch. Bei Auslegungsunterschieden gilt der in der englischen Sprache abgefasste Text.

Für das Königreich Belgien:

Republik Kosova:

Bundesregierung

Flämische Regierung

Wallonische Regionalregierung

Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

**ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DIE REPUBLIK MOLDAU
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN
DES PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN
UND KONSULARISCHEN POSTEN**

DAS KÖNIGREICH BELGIEN, vertreten durch

Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Und

DIE REPUBLIK MOLDAU

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zu schließen, um die Erwerbstätigkeit von Familienmitgliedern zu Lasten des Personals der Missionen des Entsendestaats beziehungsweise der konsularischen Posten, die dieser auf dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats unterhält, zu vereinfachen.

SIND wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Anwendungsbereich des Abkommens

1. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit dürfen folgende Personen eine Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat ausüben:

- a) Der gesetzliche Partner und die ledigen Kinder unter 18 Jahren des diplomatischen Beamten oder Konsularbeamten des Entsendestaats, der
 - (i) beim Empfangsstaat oder
 - (ii) bei einer internationalen Organisation mit Sitz im Empfangsstaat tätig ist;

- b) Der gesetzliche Partner eines anderen Personalmitglieds der Mission des Entsendestaats oder eines anderen Personalmitglieds eines konsularischen Postens dieses Staats;

gemäß Artikel 1 der Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und über konsularische Beziehungen.

2. Die Behörden des Empfangsstaats erteilen die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf der Grundlage der dort geltenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften und gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens.

3. Diese Genehmigung gilt nicht für die Staatsangehörigen des Empfangsstaats oder für Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet haben.

4. Sofern der Empfangsstaat nichts anderes bestimmt, wird den Begünstigten, die eine Erwerbstätigkeit angenommen haben, aber nicht länger zum Haushalt der in Artikel 1 genannten Personen gehören, diese Genehmigung nicht erteilt.

5. Die Genehmigung ist für den Zeitraum gültig, in dem die im ersten Absatz dieses Artikels genannten Personen bei der diplomatischen Mission oder dem konsularischen Posten in dem Hoheitsgebiet des Empfangsstaats tätig sind und läuft spätestens bei der Beendigung der Tätigkeit ab, beziehungsweise innerhalb eines angemessenen Zeitraums danach.

ARTIKEL 2

Verfahren

1. Die Botschaft des Entsendestaats richtet den Antrag auf Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Namen des Begünstigten an die Direktion Protokoll des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration der Republik Moldau beziehungsweise an die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien.

Die Regierung des Empfangsstaats setzt die Botschaft des Entsendestaats nach Überprüfung, ob der Betreffende eine Person zu Lasten eines Beamten im Sinne von Artikel 1, erster Absatz, ist und nach Prüfung des offiziellen Ersuchens davon in Kenntnis, dass die Person zu Lasten die Erwerbstätigkeit ausüben darf.

2. Die einschlägigen Verfahren werden so angewandt, dass der Inhaber der Genehmigung so schnell wie möglich eine Erwerbstätigkeit ausüben kann; alle Bestimmungen in Sachen Arbeitserlaubnis und ähnliche Formalitäten werden vorteilhaft angewandt.

3. Die Genehmigung einer Erwerbstätigkeit bedeutet nicht, dass der Begünstigte für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit befreit wird von den Anforderungen oder Vorschriften,

die normalerweise auf personenbezogene Daten, berufliche und andere Qualifikationen gelten, die der Interessent nachweisen muss. Die Anerkennung von Diplomen, Befähigungsnachweisen, wissenschaftlichen oder beruflichen Abschlüssen durch die Vertragsparteien erfolgt im Einklang mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaats oder mit bilateralen/multilateralen Übereinkünften, denen der Entsende- und der Empfangsstaat beigetreten sind.

4. Der Begünstigte darf nicht in einer Stellung beschäftigt werden, die nach den im Aufnahmestaat geltenden Rechtsvorschriften nur von Bürgern des Aufnahmestaats ausgeübt werden kann.

5. Die diplomatische Vertretung des Entsendestaats unterrichtet die Direktion Protokoll des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration der Republik Moldau oder die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien, wenn sich der Status eines erwerbstätigen Familienangehörigen nach diesem Abkommen ändert.

ARTIKEL 3

Zivil- und verwaltungsrechtliche Vorrechte und Immunitäten

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat zivil- und verwaltungsrechtliche Immunität von der Gerichtsbarkeit genießt gemäß den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags, findet die Immunität keine Anwendung auf Handlungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit stehen und die dem Zivil- und Verwaltungsrecht des Empfangsstaats unterliegen. Der Entsendestaat verzichtet auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, die in Bezug auf solche Handlungen ergangen sind.

ARTIKEL 4

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit Immunität von der Strafgerichtsbarkeit im Empfangsstaat genießt gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags:

- a) verzichtet der Entsendestaat auf die Immunität der Strafgerichtsbarkeit, die der Inhaber der Genehmigung gegenüber dem Empfangsstaat in Bezug auf alle Handlungen und Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit genießt, außer in Sonderfällen, in denen der Entsendestaat der Ansicht ist, dass der Verzicht den eigenen Interessen zuwiderläuft;

- b) der Verzicht auf die Strafgerichtsbarkeit erstreckt sich nicht auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, auf die ausdrücklich zu verzichten ist. In diesem Fall zieht der Entsendestaat das Ersuchen des Empfangsstaats ernsthaft in Erwägung.

ARTIKEL 5

Steuer- und Sozialsicherheitssysteme

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags unterliegen die Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit den Rechtsvorschriften der Steuer- und Sozialsicherheitssystemen des Empfangsstaats in Bezug auf alle Aspekte, die mit der Ausübung dieser Tätigkeit in diesem Staat zusammenhängen.

ARTIKEL 6

Dauer und Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen mit der Maßgabe, dass jede Partei sie jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch schriftliche Mitteilung an die andere Partei kündigen kann.

ARTIKEL 7

Änderungen

Dieses Abkommen kann jederzeit durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien geändert werden. Eine solche Vereinbarung tritt in der gleichen Weise in Kraft wie dieses Abkommen.

ARTIKEL 8

Inkrafttreten

Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifizierung über die Erfüllung der erforderlichen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Verfahren ausgetauscht wurde.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter, von ihren jeweiligen Regierungen dazu ordnungsgemäß befugt, ihre Unterschrift unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu XXX, am XXX

in zwei Urschriften in rumänischer, französischer, niederländischer und englischer Sprache. Bei einer unterschiedlichen Auslegung ist der Wortlaut in englischer Sprache maßgebend.

FÜR DAS KÖNIGREICH BELGIEN	FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU
Die Föderalregierung, Die Flämische Regierung, Die Wallonische Regierung, Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt, Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	

**ACCORD ENTRE LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET LA REPUBLIQUE DE MOLDAVIE SUR L'EXERCICE D'ACTIVITES
A BUT LUCRATIF PAR CERTAINS MEMBRES DE LA
FAMILLE DU PERSONNEL DE MISSIONS
DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES**

Le Royaume de Belgique, représenté par :

**Le Gouvernement fédéral,
Le Gouvernement wallon,
Le Gouvernement flamand,
Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,
Le Gouvernement de la Communauté germanophone,**

et

La République de Moldavie,

DESIREUX de conclure un accord visant à faciliter l'exercice d'activités à but lucratif par certains membres de la famille de membres du personnel de missions de l'Etat d'envoi ou des postes consulaires de ce dernier sur le territoire de l'Etat d'accueil,

SONT convenus de ce qui suit :

Article 1

Champ d'application de l'Accord

1. : Sont autorisés, sur base de réciprocité, à exercer une activité à but lucratif dans l'Etat d'accueil :

- a) le partenaire légal et les enfants célibataires âgés de moins de dix-huit ans à charge d'un agent diplomatique ou d'un fonctionnaire consulaire de l'Etat d'envoi affectés :
 - (i) auprès de l'Etat d'accueil, ou
 - (ii) auprès d'organisations internationales ayant un siège dans l'Etat d'accueil ;
- b) de même le partenaire légal d'un autre membre du personnel de la mission de l'Etat d'envoi ou du personnel du poste consulaire du même Etat.

Tels que définis à l'article 1 des Conventions de Vienne sur les Relations diplomatiques (1961) et consulaires (1963) .

2. : L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est donnée par les autorités de l'Etat d'accueil conformément aux dispositions légales et réglementaires en vigueur dans ledit Etat et conformément aux dispositions du présent Accord.

3. : Cette autorisation ne concerne pas les ressortissants de l'Etat d'accueil ni les résidents permanents sur son territoire.

4. : Sauf si l'Etat d'accueil en décide autrement, l'autorisation ne sera pas accordée à celui des bénéficiaires qui, après avoir accepté une activité à but lucratif, cesse de faire partie de la famille des personnes visées au paragraphe premier du présent article.

5. : L'autorisation produit ses effets durant la période d'affectation des personnes visées au paragraphe premier du présent article dans la mission diplomatique ou le poste consulaire de l'Etat d'envoi sur le territoire de l'Etat d'accueil, et cesse ses effets au plus tard au terme de cette affectation (ou moyennant un délai raisonnable suivant cette échéance).

Article 2

Procédures

1. : Toute demande visant à obtenir l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est envoyée, au nom du bénéficiaire, par l'ambassade de l'Etat d'envoi auprès de la Direction du Protocole du Ministère des Affaires étrangères et de l'Intégration européenne de la République de Moldavie ou de la Direction du Protocole du Service public fédéral des Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique, suivant le cas.

Après vérification que la personne est à charge d'un agent visé par le champ d'application de l'article 1, paragraphe premier, et après examen de la demande officielle, le gouvernement de l'Etat d'accueil informera l'ambassade de l'Etat accréditant que la personne à charge peut exercer l'activité à but lucratif.

2. : Les procédures suivies sont appliquées de manière telle que le bénéficiaire de l'autorisation puisse entreprendre une activité à but lucratif dans les meilleurs délais ; toutes les dispositions régissant les permis de travail et autres formalités analogues sont appliquées dans un sens favorable.

3. : L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif n'entraînera aucune dispense pour le bénéficiaire de satisfaire aux exigences usuelles ou réglementaires relatives aux données personnelles, qualités professionnelles ou autres que l'intéressé doit justifier pour l'exercice de son activité rémunérée. La reconnaissance par les Parties de tout diplôme, qualification, titre scientifique ou professionnel se fait conformément à la législation de l'Etat d'accueil ou aux accords bilatéraux ou multilatéraux auxquels l'Etat d'envoi et d'accueil sont parties.

4. Le bénéficiaire n'est pas autorisé à occuper une fonction qui, selon la législation en vigueur de la Etat d'accueil, ne peut être assurée que par un citoyen de l'Etat d'accueil.

5. L'ambassade de la Etat d'envoi informe la Direction du Protocole du Ministère des Affaires étrangères et de l'Intégration européenne de la République de Moldavie ou de la Direction du Protocole du Service public fédéral des Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique de tout changement lié au statut d'un membre de la famille exerçant une activité à but lucratif en vertu du présent Accord.

Article 3

Privilèges et immunités en matière civile et administrative

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière civile et administrative dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires ou de tout autre instrument international applicable, cette immunité ne s'applique pas aux actes découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif et rentrant dans le champ d'application du droit civil ou administratif de l'Etat d'accueil. L'Etat d'envoi lèvera l'immunité d'exécution de toute décision judiciaire prononcée en rapport avec de tels actes.

Article 4

Immunité en matière pénale

Au cas où le bénéficiaire de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif jouit de l'immunité de juridiction en matière pénale dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne précitées ou de tout autre instrument international applicable :

- a) l'Etat d'envoi lève l'immunité de juridiction pénale dont jouit le bénéficiaire de l'autorisation à l'égard de l'Etat d'accueil pour tout acte ou omission découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif, sauf dans des cas particuliers lorsque l'Etat d'envoi estime que cette mesure pourrait être contraire à ses intérêts ;
- b) cette levée d'immunité de juridiction pénale ne sera pas considérée comme s'étendant à l'immunité d'exécution de la décision judiciaire, immunité pour laquelle une levée spécifique devra être requise. Dans le cas d'une telle demande spécifique, l'Etat d'envoi prendra la requête de l'Etat d'accueil sérieusement en considération.

Article 5

Régimes fiscal et de sécurité sociale

Conformément aux dispositions des Conventions de Vienne précitées ou en vertu de tout

autre instrument international applicable, les bénéficiaires de l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif sont assujettis aux régimes fiscal et de sécurité sociale de l'Etat d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cet Etat.

Article 6

Durée et dénonciation

Le présent Accord restera en vigueur pour une période indéfinie, chacune des Parties pouvant y mettre fin à tout moment, moyennant un préavis de six mois adressé par écrit à l'autre Partie.

Article 7

Amendements

Le présent Accord peut être modifié à tout moment par consentement écrit des Parties confirmé par la voie diplomatique. Cet amendement entrera en vigueur de la même manière que le présent Accord

Article 8

Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date d'échange de la dernière notification de l'accomplissement des procédures constitutionnelles et légales requises.

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à , le

En deux exemplaires originaux, chacun en langues roumaine, française, néerlandaise et anglaise. En cas de divergence d'interprétation, le texte en langue anglaise prévaudra.

<p>POUR LE ROYAUME DE BELGIQUE</p> <p>le Gouvernement fédéral le Gouvernement wallon, le Gouvernement flamand, le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale, le Gouvernement de la Communauté germanophone,</p>	<p>POUR LA REPUBLIQUE DE MOLDAVIE</p>
---	---

**OVEREENKOMST TUSSEN HET KONINKRIJK BELGIË EN DE REPUBLIEK
MOLDAVIË INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE
WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET
PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN**

Het Koninkrijk België, vertegenwoordigd door:

De Federale Regering,
De Vlaamse Regering,
De Waalse Regering,
De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

En

De Republiek Moldavië,

GELEID DOOR DE WENS een overeenkomst te sluiten teneinde het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de zendingen van de Zendstaat dan wel van consulaire posten die deze heeft op het grondgebied van de Ontvangende Staat, te vergemakkelijken.

ZIJN het volgende overeengekomen:

ARTIKEL 1

Toepassingsgebied van de Overeenkomst

1. :Mogen op grond van wederkerigheid betaalde werkzaamheden verrichten in de Ontvangende Staat:

- a) de wettelijke partner en de ongehuwde kinderen ten laste jonger dan 18 jaar van een diplomatieke agent of een consulair ambtenaar van de Zendstaat die zijn aangesteld:
 - (i) bij de Ontvangende Staat, dan wel
 - (ii) bij internationale organisaties met een zetel in de Ontvangende Staat;
- b) evenzo, de wettelijke partner van een ander personeelslid van de zending van de

Zendstaat of van een ander personeelslid van de consulaire post van deze Staat;
zoals bepaald in artikel 1 van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek verkeer (1961) en consulaire verkeer (1963).

2. : De toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten wordt verleend door de autoriteiten van de Ontvangende Staat overeenkomstig de aldaar van kracht zijnde wetgeving en voorschriften en overeenkomstig het bepaalde in deze Overeenkomst.

3. : Deze toestemming geldt niet voor de ingezetenen van de Ontvangende Staat of de vaste verblijfhouders op zijn grondgebied.

4. : Tenzij de Ontvangende Staat anderszins beslist, wordt geen toestemming verleend aan de begunstigden die, na betaalde werkzaamheden te hebben aanvaard, niet langer deel uitmaken van het gezin van de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen.

5. : De toestemming is geldig voor de periode dat de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen zijn aangesteld bij de diplomatieke zending of de consulaire post van de Zendstaat op het grondgebied van de Ontvangende Staat, en vervalt op zijn laatst wanneer de aanstelling eindigt (dan wel binnen een redelijke termijn na de beëindiging).

ARTIKEL 2

Procedures

1. : Elk verzoek om toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden wordt uit naam van de begunstigde door de ambassade van de Zendstaat gestuurd naar de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken en Europese Integratie van de Republiek Moldavië dan wel naar de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België.

Na verificatie of de persoon ten laste is van een agent voorzien in het toepassingsgebied van het artikel 1, eerste paragraaf, en na onderzoek van het officiële verzoek, zal de regering van de Ontvangende Staat de ambassade van de Zendstaat ervan in kennis stellen dat de persoon ten laste de betaalde werkzaamheid mag uitoefenen.

2. : De gevolgde procedures worden dusdanig toegepast dat de begunstigde van de toestemming zo snel mogelijk betaalde werkzaamheden kan verrichten; alle voorschriften inzake werkvergunningen en soortgelijke formaliteiten worden welwillend toegepast.

3. : Toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten betekent niet dat de begunstigde wordt vrijgesteld van de vereisten of voorschriften die gewoonlijk van toepassing zijn op persoonsgegevens, professionele of andere kwalificaties waarvan de belanghebbende het bewijs dient te leveren voor het verrichten van de betaalde

werkzaamheden. De erkenning door de Partijen van diploma's, kwalificaties en wetenschappelijke of beroepsopleidingen geschiedt overeenkomstig de wetgeving van de Ontvangende Staat of krachtens bilaterale of multilaterale overeenkomsten waarbij de Zendstaat of de Ontvangende Staat partij zijn.

4. De begunstigde mag niet worden tewerkgesteld in een functie die volgens de in de Ontvangende Staat van kracht zijnde wetgeving alleen door een burger van de Ontvangende Staat mag worden uitgeoefend.

5. De ambassade van de Zendstaat stelt de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken en Europese Integratie van de Republiek Moldavië dan wel de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België in kennis van alle wijzigingen met betrekking tot de status van een gezinslid dat op grond van deze Overeenkomst betaalde werkzaamheden verricht.

ARTIKEL 3

Civil- en administratiefrechtelijke voorrechten en immuniteiten

Ingeval de begunstigde van een toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten civil- en administratiefrechtelijke immuniteit van rechtsmacht geniet in de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek en consulaire verkeer, dan wel enig ander toepasselijk internationaal verdrag, is deze immuniteit niet van toepassing op handelingen die voortvloeien uit het verrichten van betaalde werkzaamheden welke onder het burgerlijk en administratief recht van de Ontvangende Staat vallen. De Zendstaat zal afstand doen van de immuniteit van tenuitvoerlegging van alle gerechtelijke uitspraken die met betrekking tot dergelijke handelingen worden uitgesproken.

ARTIKEL 4

Immuniteit ten aanzien van strafzaken

Ingeval de begunstigde van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden immuniteit geniet ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken van de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen, dan wel van enig ander toepasselijk internationaal verdrag:

a) doet de Zendstaat afstand van de immuniteit van de rechtsmacht in strafzaken die de begunstigde van de toestemming ten aanzien van de Ontvangende Staat geniet met betrekking tot elk handelen of nalaten dat voortvloeit uit de betaalde werkzaamheden, behalve in bijzondere gevallen wanneer de Zendstaat van mening is dat het doen van afstand in strijd zou kunnen zijn met zijn belangen;

b) het doen van afstand van immuniteit ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken wordt niet geacht mede betrekking te hebben op de immuniteit ten aanzien van de tenuitvoerlegging van de gerechtelijke uitspraak, waarvan uitdrukkelijk afstand moet worden gedaan. In dergelijk geval neemt de Zendstaat het verzoek van de Ontvangende Staat ernstig in overweging.

ARTIKEL 5

Belasting- en sociale zekerheidsstelsels

In overeenstemming met de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen dan wel krachtens enig ander toepasselijk internationaal verdrag zijn de begunstigden van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden onderworpen aan de belasting- en sociale zekerheidsstelsels van de Ontvangende Staat, ten aanzien van alles wat verband houdt met het verrichten van bedoelde werkzaamheden in deze Staat.

ARTIKEL 6

Duur en beëindiging

Deze Overeenkomst blijft van kracht voor onbepaalde duur, met dien verstande dat elk van de Partijen ze te allen tijde kan beëindigen door hiervan zes maanden van te voren schriftelijk kennis te geven aan de andere Partij.

ARTIKEL 7

Wijzingen

Deze overeenkomst kan te allen tijden worden gewijzigd na schriftelijke toestemming van de Partijen die langs diplomatieke weg wordt bevestigd. Dergelijke wijzigingen treden op dezelfde wijze in werking als deze Overeenkomst

ARTIKEL 8

Inwerkingtreding

Deze Overeenkomst zal in werking treden op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag van uitwisseling van de laatste kennisgeving van de voltooiing van de grondwettelijke en wettelijke procedures.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondertekenende vertegenwoordigers, daartoe naar behoren gemachtigd door hun respectieve Regeringen, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te XXX, op XXX

in twee originele exemplaren, in de Roemeense, de Franse, de Nederlandse en de Engelse taal. In geval van verschil in uitlegging is de Engels tekst doorslaggevend.

VOOR HET KONINKRIJK BELGIË De Federale Regering, De Vlaamse Regering, De Waalse Regering, De Brusselse Hoofdstedelijke Regering, De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,	VOOR DE REPUBLIEK MOLDAVIË
---	-----------------------------------

OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE REPUBLIEK MOLDAVIË
INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN
DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL
VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN

**OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE REPUBLIEK MOLDAVIË
INZAKE HET VERRICHTEN VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN
DOOR BEPAALDE GEZINSLEDEN VAN HET PERSONEEL
VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES EN CONSULAIRE POSTEN**

HET KONINKRIJK BELGIË, vertegenwoordigd door:

**De Federale Regering,
De Vlaamse Regering,
De Waalse Regering,
De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,**

EN

DE REPUBLIEK MOLDAVIË,

GELEID DOOR DE WENS een overeenkomst te sluiten teneinde het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de zendingen van de Zendstaat dan wel van consulaire posten die deze heeft op het grondgebied van de Ontvangende Staat, te vergemakkelijken,

ZIJN HET VOLGENDE OVEREENGEKOMEN:

ARTIKEL 1

Toepassingsgebied van de Overeenkomst

- 1 Mogen op grond van wederkerigheid betaalde werkzaamheden verrichten in de Ontvangende Staat:
 - a) de echtgeno(o)t(e), geregistreerde partner en de ongehuwde kinderen ten laste jonger dan 18 jaar die permanent deel uitmaken van het huishouden van een diplomatieke agent of een consulaire ambtenaar van de Zendstaat die zijn aangesteld:
 - (i) bij de Ontvangende Staat, dan wel
 - (ii) bij internationale organisaties met een zetel in de Ontvangende Staat,
 - b) evenzo, de echtgeno(o)t(e) en geregistreerde partner die permanent deel uit maken van het huishouden van een ander personeelslid van de zending van de Zendstaat of van een ander personeelslid van de consulaire post van deze Staat,

zoals bepaald in artikel 1 van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek verkeer (1961) en consulaire verkeer (1963)
2. De toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten wordt verleend door de autoriteiten van de Ontvangende Staat overeenkomstig de aldaar van kracht zijnde wetgeving en voorschriften en overeenkomstig het bepaalde in deze Overeenkomst
- 3 Deze toestemming geldt niet voor de ingezetenen van de Ontvangende Staat of de vaste verblijfhouders op zijn grondgebied.
4. Tenzij de Ontvangende Staat anderszins beslist, wordt geen toestemming verleend aan de begunstigden die, na betaalde werkzaamheden te hebben aanvaard, niet langer deel uitmaken van het huishouden van de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen
- 5 De toestemming is geldig voor de periode dat de in de eerste paragraaf van dit artikel bedoelde personen zijn aangesteld bij de diplomatieke zending of de consulaire post van de Zendstaat op het grondgebied van de Ontvangende Staat, en vervalt op zijn laatst wanneer de aanstelling eindigt (dan wel binnen een redelijke termijn na de beëindiging).

ARTIKEL 2

Procedures

- 1 Elk verzoek om toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden wordt uit naam van de begunstigde door de ambassade van de Zendstaat gestuurd naar de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken en Europese Integratie van de Republiek Moldavië dan wel naar de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België

Na verificatie of de persoon ten laste is van een agent voorzien in het toepassingsgebied van het artikel 1, eerste paragraaf, en na onderzoek van het officiële verzoek, zal de regering van de Ontvangende Staat de ambassade van de Zendstaat ervan in kennis stellen dat de persoon ten laste de betaalde werkzaamheid mag uitoefenen.

- 2 De gevolgde procedures worden dusdanig toegepast dat de begunstigde van de toestemming zo snel mogelijk betaalde werkzaamheden kan verrichten; alle voorschriften inzake werkvergunningen en soortgelijke formaliteiten worden welwillend toegepast.
- 3 Toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten betekent niet dat de begunstigde wordt vrijgesteld van de vereisten of voorschriften die gewoonlijk van toepassing zijn op persoonsgegevens, professionele of andere kwalificaties waarvan de belanghebbende het bewijs dient te leveren voor het verrichten van de betaalde werkzaamheden. De eikenning door de Partijen van diploma's, kwalificaties en wetenschappelijke of beroepsopleidingen geschiedt overeenkomstig de wetgeving van de Ontvangende Staat of krachtens bilaterale of multilaterale overeenkomsten waarbij de Zendstaat of de Ontvangende Staat partij zijn.
- 4 De begunstigde mag derhalve niet worden tewerkgesteld in een functie die volgens de in de Ontvangende Staat van kracht zijnde wetgeving alleen door een burger van de Ontvangende Staat mag worden uitgeoefend.
- 5 De Ambassade van de Zendstaat stelt de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken en Europese Integratie van de Republiek Moldavië dan wel de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België in kennis van alle wijzigingen met betrekking tot de status van een gezinslid dat op grond van deze Overeenkomst betaalde werkzaamheden verricht

ARTIKEL 3

Civil- en administratiefrechtelijke voorrechten en immuniteiten

Ingeval de begunstigde van een toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten civil- en administratiefrechtelijke immuniteit van rechtsmacht geniet in de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek en consulaar verkeer, dan wel enig ander toepasselijk internationaal verdrag, is deze immuniteit niet van toepassing op handelingen die voortvloeien uit het verrichten van betaalde werkzaamheden welke onder het burgerlijk en administratief recht van de Ontvangende Staat vallen. De Zendstaat zal afstand doen van de immuniteit van tenuitvoerlegging van alle gerechtelijke uitspraken die met betrekking tot dergelijke handelingen worden uitgesproken.

ARTIKEL 4

Immunitet ten aanzien van strafzaken

Ingeval de begunstigde van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden immunitet geniet ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken van de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen, dan wel van enig ander toepasselijk internationaal verdrag:

- a) doet de Zendstaat afstand van de immunitet van de rechtsmacht in strafzaken die de begunstigde van de toestemming ten aanzien van de Ontvangende Staat geniet met betrekking tot elk handelen of nalaten dat voortvloeit uit de betaalde werkzaamheden, behalve in bijzondere gevallen wanneer de Zendstaat van mening is dat het doen van afstand in strijd zou kunnen zijn met zijn belangen;
- b) het doen van afstand van immunitet ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken wordt niet geacht mede betrekking te hebben op de immunitet ten aanzien van de tenuitvoerlegging van de gerechtelijke uitspraak, waarvan uitdrukkelijk afstand moet worden gedaan. In dergelijk geval neemt de Zendstaat het verzoek van de Ontvangende Staat ernstig in overweging

ARTIKEL 5

Belasting- en sociale zekerheidsstelsels

In overeenstemming met de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen dan wel krachtens enig ander toepasselijk internationaal verdrag zijn de begunstigten van de toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden onderworpen aan de belasting- en sociale zekerheidsstelsels van de Ontvangende Staat, ten aanzien van alles wat verband houdt met het verrichten van bedoelde werkzaamheden in deze Staat

ARTIKEL 6

Duur en beëindiging

Deze Overeenkomst blijft van kracht voor onbepaalde duur, met dien verstande dat elk van de Partijen ze te allen tijde kan beëindigen door hiervan zes maanden van te voren schriftelijk kennis te geven aan de andere Partij.

ARTIKEL 7

Wijzingen

Deze overeenkomst kan te allen tijden worden gewijzigd na schriftelijke toestemming van de Partijen die langs diplomatieke weg wordt bevestigd. Deigelijke wijzigingen treden op dezelfde wijze in werking als deze Overeenkomst.

ARTIKEL 8

Inwerkingtreding

Deze Overeenkomst zal in werking treden op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag van uitwisseling van de laatste kennisgeving van de voltooiing van de grondwettelijke en wettelijke procedures.

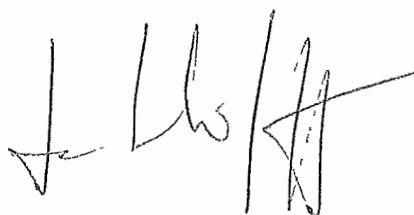
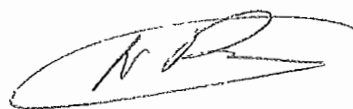
TEN BLIJKE WAARVAN de ondertekenende vertegenwoordigers, daartoe naar behoren gemachtigd door hun respectieve Regeringen, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te Praag, op 31 augustus 2022, in twee originele exemplaren, in de Roemeense, de Franse, de Nederlandse en de Engelse taal. In geval van verschil in uitlegging is de Engelse tekst doorslaggevend.

VOOR HET KONINKRIJK BELGIË:

VOOR DE REPUBLIEK MOLDAVIË:

De Federale Regering,
De Vlaamse Regering,
De Waalse Regering,
De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,



AGREEMENT
BETWEEN
THE KINGDOM OF BELGIUM
AND
THE REPUBLIC OF MOLDOVA
ON THE GAINFUL OCCUPATION
OF CERTAIN DEPENDENTS OF THE PERSONNEL
OF THE DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

**AGREEMENT
BETWEEN
THE KINGDOM OF BELGIUM
AND
THE REPUBLIC OF MOLDOVA
ON THE GAINFUL OCCUPATION
OF CERTAIN DEPENDENTS OF THE PERSONNEL
OF THE DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

/

THE KINGDOM OF BELGIUM, represented by:

**The Federal Government,
The Flemish Government,
The Government of the Walloon Region,
The Government of the Brussels-Capital Region,
The Government of the German-speaking Community,**

AND

THE REPUBLIC OF MOLDOVA,

,

DESIRING to conclude an agreement which aims to facilitate the gainful occupation of certain family members of personnel of diplomatic missions from the sending State or of consular posts of the latter on the territory of the receiving State,

AGREE ON THE FOLLOWING:

ARTICLE 1

Scope of the Agreement

1. On a reciprocal basis, the following are authorised to engage in gainful occupation in the receiving state:
 - a) spouse, registered partner, and unmarried dependent children up to eighteen years who permanently form part of the household of a diplomatic agent or of a consular official of the sending State assigned.
 - (i) to the receiving State; or
 - (ii) to international organisations with a seat in the receiving State;
 - b) spouse and registered partner who permanently form part of the household of another member of the personnel of the mission of the sending State or of the personnel of the consular post of the same State;

as defined in Article 1 of the Vienna Conventions on Diplomatic (1961) and Consular Relations (1963).
2. Authorisation to engage in a gainful occupation is given by the authorities of the receiving State in accordance with the laws and regulations in force in this State and subject to the provisions of this Agreement.
3. Such authorisation does not extend to the nationals of the receiving State or permanent residents in its territory.
4. Unless the receiving State decides otherwise, authorisation shall not be given to those beneficiaries who, having engaged in a gainful occupation, cease to form part of the household of the persons described in the first paragraph of this Article
5. The authorisation shall apply during the period in which the persons, covered in the first paragraph of this Article, are assigned to the diplomatic mission or consular post of the sending State in the territory of the receiving State until the conclusion of the term of the assignment (or within an acceptable timeframe following this event)

ARTICLE 2

Procedures

1. All requests for authorisation to engage in a gainful occupation shall be sent, on behalf of the beneficiary, by the diplomatic mission of the sending State to the State Diplomatic Protocol Office of the Ministry of Foreign Affairs and European Integration of the Republic of Moldova or to the Protocol Division of the Federal Public Service Foreign Affairs, Foreign Trade and Development Cooperation of the Kingdom of Belgium accordingly

Upon verification that the person is a dependent of an agent within the scope of the provisions of article 1, first paragraph, and processing of the official request, the government of the receiving State shall inform the diplomatic mission of the sending State that the dependent is eligible for gainful occupation

2. The procedures followed shall be applied in a way that enables the beneficiary of the authorisation to engage in a gainful occupation as soon as possible. All requirements relating to work permits and any other similar formalities shall be favourably applied.
3. Authorisation for the beneficiary to engage in a gainful occupation shall not imply exemption from any legal or other requirements relating to personal characteristics, professional or other qualifications that the individual concerned must demonstrate in engaging in a gainful occupation. Recognition by the Parties of any diploma, qualification, scientific or professional degree shall be done in accordance with the legislation of the receiving State or bilateral / multilateral agreements to which the sending and receiving State are party.
4. The beneficiary is not allowed to be employed in a position which according to the legislation in force in the receiving State can be held only by the citizens of the receiving State
5. The diplomatic mission of the sending State shall inform the State Diplomatic Protocol Office of the Ministry of Foreign Affairs and European Integration of the Republic of Moldova or the Protocol Division of the Federal Public Service Foreign Affairs, Foreign Trade and Development Cooperation of the Kingdom of Belgium when changes occur with regard to the status of a family member engaged in a gainful occupation under this Agreement.

ARTICLE 3

Civil and administrative privileges and immunities

In cases where the beneficiary of the authorisation to engage in a gainful occupation enjoys immunity from the civil and administrative jurisdiction of the receiving State, in accordance with the provisions of the Vienna Conventions on diplomatic and consular relations or of any other applicable international instrument, such immunity shall not apply in respect of any act carried out in the course of the gainful occupation and falling within the civil or administrative law of the receiving State. The sending State shall waive immunity from execution of any sentence in relation to these matters

ARTICLE 4

Criminal Immunity

In cases where a beneficiary of the authorisation to engage in a gainful occupation enjoys immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State, in accordance with the provisions of the aforementioned Vienna Conventions or of any other applicable international instrument:

- a) the sending State shall waive the immunity from criminal jurisdiction enjoyed by the beneficiary of the authorisation with regard to the receiving State in respect of any act or omission arising from the gainful occupation, except in special instances where the sending State considers that such a waiver could be contrary to its own interests,
- b) such a waiver of immunity from criminal jurisdiction shall not be construed as extending to immunity from execution of the sentence, for which a specific waiver shall be required. In the case of such a request, the sending State shall give serious consideration to the request of the receiving State.

ARTICLE 5

Taxation and social security regimes

In accordance with the provisions of the aforementioned Vienna Conventions or of any other applicable international instrument, beneficiaries of the authorisation to engage in a gainful occupation shall be subject to the taxation and social security regimes of the receiving State for all matters connected with their gainful occupation in that State.

ARTICLE 6

Duration and termination

This Agreement shall remain in force for an indefinite period, either Party being able to terminate it at any time by giving six months' notice in writing to the other Party

ARTICLE 7

Amendments

This Agreement may be amended at any time by a written agreement between the Parties. Any such agreement shall enter into force in the same manner as this Agreement.

ARTICLE 8

Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date of exchange of the last notification of the completion of the internal procedures necessary for its entry into force.

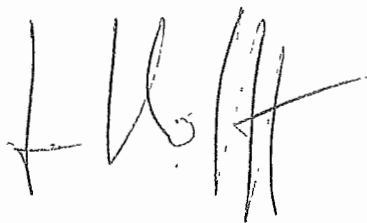
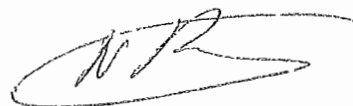
IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives, duly authorised by their respective Governments, have signed this Agreement.

DONE at Prague, on the 31st day of the month of August of the year 2022, in two original copies, each in the Romanian, French, Dutch and English languages. In case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

FOR THE KINGDOM OF BELGIUM:

FOR THE REPUBLIC MOLDOVA:

**The Federal Government,
The Flemish Government,
The Government of the Walloon Region,
The Government of the Brussels-Capital
Region,
The Government of the German-speaking
Community,**



**ABKOMMEN ZWISCHEN DEM KÖNIGREICH BELGIEN
UND
DER REPUBLIK UGANDA
ÜBER DIE ERWERBSTÄTIGKEIT VON FAMILIENMITGLIEDERN
DES PERSONALS DER DIPLOMATISCHEN MISSIONEN
UND KONSULARISCHEN POSTEN AUF GEGENSEITIGKEITSBASIS**

DAS KÖNIGREICH BELGIEN, vertreten durch

Die Föderalregierung,
Die Flämische Regierung,
Die Wallonische Regierung,
Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,
Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Und

DIE REPUBLIK UGANDA

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zu schließen, um die Erwerbstätigkeit von bestimmter Familienmitgliedern zu Lasten des Personals diplomatischer Vertretungen (einschließlich der Vertretungen bei internationalen Organisationen) des Entsendestaats oder von dessen konsularischen Vertretungen im Hoheitsgebiet des Empfangsstaats, zu vereinfachen,

SIND wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Anwendungsbereich des Abkommens

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sind Familienangehörige von Mitgliedern einer diplomatischen Mission, einer Mission bei einer internationalen Organisation mit Sitz im Empfangsstaats oder einer konsularischen Vertretung berechtigt, im Empfangsstaats eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Dazu gehören:

a) der von den Behörden des Empfangsstaats anerkannte Ehegatte eines Mitglieds der Mission; oder

b) unverheiratete unterhaltsberechtigten Kinder eines Missionsmitglieds im Alter von bis zu 18 Jahren.

ARTIKEL 2

Definition von Begriffen

Für die Zwecke dieses Abkommens gilt Folgendes

- (a) "Mitglied der Mission" ist der Leiter der Mission oder ein Mitglied des Personals der Mission im Sinne von Artikel 1 des Wiener Übereinkommens über diplomatische (1961) und konsularische Beziehungen (1963);
- (b) "Erwerbstätigkeit" bedeutet jede Form der entgeltlichen Tätigkeit, sei es als Selbständiger oder als Angestellter.

ARTIKEL 3

Schlüsselprinzipien

1. Die Behörden des Empfangsstaats erteilen die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf der Grundlage der dort geltenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften und gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens. Diese Genehmigung gilt nicht für die Staatsangehörigen des Empfangsstaats oder für Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet haben.
2. Sofern der Empfangsstaat nichts anderes bestimmt, wird den Begünstigten, die eine Erwerbstätigkeit angenommen haben, aber nicht länger zum Haushalt des Mitglieds der Mission, diese Genehmigung nicht erteilt.
3. Die Genehmigung gilt für den Zeitraum, in dem das Mitglied der Mission der diplomatischen Mission oder der konsularischen Vertretung des Entsendestaats im Hoheitsgebiet des Empfangsstaats zugewiesen ist, bis zum Ende der Laufzeit des Auftrags (oder innerhalb von 60 Tagen nach diesem Ereignis).

ARTIKEL 4

Verfahren

1. Die Botschaft des Entsendestaats richtet den Antrag auf Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Namen des Begünstigten an die Direktion Protokoll des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Republik Uganda beziehungsweise an die Direktion Protokoll des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit des Königreichs Belgien.
2. Die Regierung des Empfangsstaats (der Staatssekretär des Außenministeriums im Falle Ugandas) setzt die Botschaft des Entsendestaats nach Überprüfung, ob der Betreffende eine Person zu Lasten eines Beamten im Sinne von Artikel 1, erster Absatz, ist und nach Prüfung des offiziellen Ersuchens davon in Kenntnis, dass die Person zu Lasten die

Erwerbstätigkeit ausüben darf.

3. Die einschlägigen Verfahren werden so angewandt, dass der Inhaber der Genehmigung so schnell wie möglich eine Erwerbstätigkeit ausüben kann; alle Bestimmungen in Sachen Arbeitserlaubnis und ähnliche Formalitäten werden vorteilhaft angewandt.

4. Die Genehmigung einer Erwerbstätigkeit bedeutet nicht, dass der Begünstigte für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit befreit wird von den Anforderungen oder Vorschriften, die normalerweise auf personenbezogene Daten, berufliche und andere Qualifikationen gelten, die der Interessent nachweisen muss.

ARTIKEL 5

Zivil- und verwaltungsrechtliche Vorrechte und Immunitäten

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat zivil- und verwaltungsrechtliche Immunität von der Gerichtsbarkeit genießt gemäß den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags, findet die Immunität keine Anwendung auf Handlungen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit stehen und die dem Zivil- und Verwaltungsrecht des Empfangsstaats unterliegen. Der Entsendestaat verzichtet auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, die in Bezug auf solche Handlungen ergangen sind.

ARTIKEL 6

Immunität von der Strafgerichtsbarkeit

Falls der Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit Immunität von der Strafgerichtsbarkeit im Empfangsstaat genießt gemäß den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags:

- a) verzichtet der Entsendestaat auf die Immunität der Strafgerichtsbarkeit, die der Inhaber der Genehmigung gegenüber dem Empfangsstaat in Bezug auf alle Handlungen und Unterlassungen im Zusammenhang mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit genießt, außer in Sonderfällen, in denen der Entsendestaat der Ansicht ist, dass der Verzicht den eigenen Interessen zuwiderläuft;
- b) der Verzicht auf die Strafgerichtsbarkeit erstreckt sich nicht auf die Immunität der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, auf die ausdrücklich zu verzichten ist. In diesem Fall zieht der Entsendestaat das Ersuchen des Empfangsstaats ernsthaft in Erwägung.

ARTIKEL 7

Steuer- und Sozialversicherungssysteme

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der obengenannten Wiener Übereinkommen oder auf der Grundlage eines anderen anwendbaren internationalen Vertrags unterliegen die Inhaber einer Genehmigung einer Erwerbstätigkeit den Rechtsvorschriften der Steuer- und Sozialversicherungssystemen des Empfangsstaats in Bezug auf alle Aspekte, die mit der Ausübung dieser Tätigkeit in diesem Staat zusammenhängen.

ARTIKEL 8

Änderung

Dieses Abkommen kann jederzeit durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Parteien geändert werden. Eine solche Vereinbarung tritt in der in Artikel 10 vorgesehenen Weise in Kraft.

ARTIKEL 9

Dauer und Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen mit der Maßgabe, dass jede Partei sie jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch schriftliche Mitteilung an die andere Partei kündigen kann.

ARTIKEL 10

Inkrafttreten

Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifizierung über die Erfüllung der erforderlichen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Verfahren ausgetauscht wurde.

ARTIKEL 11

Beilegung von Streitigkeiten

Alle Streitigkeiten zwischen den Parteien, die sich aus der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens ergeben, werden auf diplomatischem Wege im gegenseitigen Einvernehmen beigelegt.

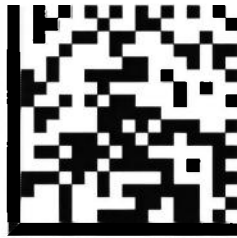
ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter, von ihren jeweiligen Regierungen dazu ordnungsgemäß befugt, ihre Unterschrift unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu XXX, am XXX

in zwei Urschriften in englischer, französischer und niederländischer Sprache. Bei einer unterschiedlichen Auslegung ist der Wortlaut in englischer Sprache maßgebend.

FÜR DAS KÖNIGREICH BELGIEN	FÜR DIE REPUBLIK UGANDA
Die Föderalregierung, Die Flämische Regierung, Die Wallonische Regierung, Die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt, Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	

SEPARATION SHEET



POST_SPRB_IN_100023386

SPRB Indicateur

Courrier In



Buitenlandse Zaken,
Buitenlandse Handel en
Ontwikkelingssamenwerking

Egmont • Karmelietenstraat 15, B-1000 Brussel

bpost
U.V. | R.D.
BELGIE(N) | BELGIQUE

Entrée Iris Tower

21. 12. 2022

Aangekomen Iris Tower

Am Brussels International
Gewestelijke Veiligheidsdienst Brussel
H. a. v. Hermano Gloria RODRIGUEZ
Attache'
Directie Externe Betrekkingen
Sint-Lazarusplein 2
1035 BRUSSEL



KONINKRIJK BELGIË

Federale Overheidsdienst

Buitenlandse Zaken,

Buitenlandse Handel en

Ontwikkelingssamenwerking

Directie Verdragen – J4

Uw contactpersoon:

Ann De Ridder

Tel: 02 501 82 70

E-mail: Ann.deridder@diplobel.fed.be

Brussels International
Gewestelijke Overheidsdienst Brussel
T.a.v. Mevrouw **Olivia RODRIGUEZ**
Attaché
Directie Externe Betrekkingen
Sint-Lazarusplein 2
1035 Brussel

uw bericht van

uw kenmerk

ons kenmerk

J4/MDV/JUR.05.10/2022

12781

datum

14/12/2022

te vermelden in elke briefwisseling

Geachte mevrouw,

In uitvoering van artikel 16, §1 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, zoals gewijzigd door de bijzondere wet van 5 mei 1993, heb ik de eer U, met het oog op instemming door het Parlement van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, een voor eensluidend verklaard afschrift van volgende Overeenkomst over te maken:

Overeenkomst tussen het Koninkrijk België en de Republiek Oeganda inzake het op grond van wederkerigheid verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke missies en consulaire posten, gedaan te Kampala op 8 december 2022.

Mag ik U verzoeken mij op de hoogte te brengen zodra het Parlement van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest zijn instemming heeft gegeven.

Voor de Minister:

Ann De Ridder,

Adviseur-generaal

Bijlage(n): 1

AGREEMENT
BETWEEN
THE KINGDOM OF BELGIUM
AND
THE REPUBLIC OF UGANDA
CONCERNING THE GAINFUL OCCUPATION OF FAMILY MEMBERS
OF THE PERSONNEL OF THE DIPLOMATIC MISSIONS
AND CONSULAR POSTS ON A RECIPROCAL BASIS

JD

C 11



THE REPUBLIC OF UGANDA

**AGREEMENT
BETWEEN
THE KINGDOM OF BELGIUM
AND
THE REPUBLIC OF UGANDA
CONCERNING THE GAINFUL OCCUPATION OF FAMILY MEMBERS
OF THE PERSONNEL OF THE DIPLOMATIC MISSIONS
AND CONSULAR POSTS ON A RECIPROCAL BASIS**

THE KINGDOM OF BELGIUM, represented by:

**The Federal Government,
The Flemish Government,
The Government of the Walloon Region,
The Government of the Brussels-Capital Region,
The Government of the German-speaking Community,**

AND

THE REPUBLIC OF UGANDA,

DESIRING to conclude an agreement which aims to facilitate the gainful occupation of certain family members of personnel of diplomatic missions (including missions to international organisations) from the sending State or of consular posts of the latter on the territory of the receiving State,

AGREE AS FOLLOWS:

A stylized handwritten signature in the bottom left corner.

A stylized handwritten signature in the bottom right corner.



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 1

Scope of the Agreement

On a reciprocal basis, family members of members of a diplomatic mission, a mission to an international organisation with a seat in the receiving state, or a consular post are authorised to engage in gainful occupation in the receiving State. This includes:

- a) the spouse, recognised as such by the receiving State's authorities, of a member of the mission; or
- b) unmarried dependent children of up to 18 years of age of a member of the mission.

ARTICLE 2

Definition of terms

For the purpose of this Agreement:

- (a) "Member of the mission" means the head of the mission or a member of the staff of the mission as defined in Article 1 of the Vienna Conventions on Diplomatic (1961) and Consular Relations (1963);
- (b) "Gainful occupation" means every form of remunerative activity, whether self-employed or as an employee.

SR

W



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 3

Key principles

1. Authorisation to engage in a gainful occupation is given by the authorities of the receiving State in accordance with the laws and regulations in force in this State and subject to the provisions of this Agreement. Such authorisation does not extend to the nationals of the receiving State or permanent residents in its territory.
2. Unless the receiving State decides otherwise, authorisation shall not be given to those family members who, having engaged in a gainful occupation, cease to form part of the household of the member of the mission.
3. The authorisation shall apply during the period in which the member of the mission is assigned to the diplomatic mission or consular post of the sending State in the territory of the receiving State until the conclusion of the term of the assignment (or within 60 days following this event).

ARTICLE 4

Procedures

1. All requests for authorisation to engage in a gainful occupation shall be sent, on behalf of the family member, by the Embassy of the sending State to the Protocol Section in the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Uganda or to the Protocol Division of the Federal Public Service Foreign Affairs, Foreign Trade and Development Cooperation of the Kingdom of Belgium accordingly. The request shall be accompanied by the necessary documentation concerning the relationship the family member has with an accredited member of the mission, the full identity of the family member, and the nature of the remunerative activity for which the authorisation is requested.



THE REPUBLIC OF UGANDA

2. Upon verification that the person is a family member of a member of the mission, and processing of the official request, the government of the receiving State (the Permanent Secretary of the Ministry of Foreign Affairs in the case of Uganda) shall inform the embassy of the sending State that the family member is eligible for gainful occupation.
3. The procedures followed shall be applied in a way that enables the family member to engage in a gainful occupation as soon as possible. All requirements relating to work permits and any other similar formalities shall be favourably applied.
4. Authorisation for the family member to engage in a gainful occupation shall not imply exemption from any legal or other requirements relating to personal characteristics, professional or other qualifications that the individual concerned must demonstrate in engaging in a gainful occupation.

ARTICLE 5

Civil and administrative privileges and immunities

In cases where the family member enjoys immunity from the civil and administrative jurisdiction of the receiving State, in accordance with the provisions of the Vienna Conventions on diplomatic and consular relations or of any other applicable international instrument, such immunity shall not apply in respect of any act carried out in the course of the gainful occupation and falling within the civil or administrative law of the receiving State. The sending State shall waive immunity from execution of any sentence in relation to these matters.



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 6

Criminal Immunity

In cases where the family member enjoys immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State, in accordance with the provisions of the aforementioned Vienna Conventions or of any other applicable international instrument:

- a) the sending State shall waive the immunity from criminal jurisdiction enjoyed by the beneficiary of the authorisation with regard to the receiving State in respect of any act or omission arising from the gainful occupation, except in special instances where the sending State considers that such a waiver could be contrary to its own interests;
- b) such a waiver of immunity from criminal jurisdiction shall not be construed as extending to immunity from execution of the sentence, for which a specific waiver shall be required. In the case of such a request, the sending State shall give serious consideration to the request of the receiving State.

ARTICLE 7

Taxation and social security regimes

In accordance with the provisions of the aforementioned Vienna Conventions or of any other applicable international instrument, the family member shall be subject to the taxation and social security regimes of the receiving State for all matters connected with their gainful occupation in that State.



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 8

Amendment

This Agreement may be amended at any time by a written agreement between the Parties. Any such agreement shall enter into force in a manner provided for in Article 10.

ARTICLE 9

Duration and termination

This Agreement shall remain in force for an indefinite period, either Party being able to terminate it at any time by giving six months' notice in writing to the other Party.

ARTICLE 10

Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date of exchange of the last notification of the completion of the necessary constitutional and legal procedures.

ARTICLE 11

Settlement of disputes

Any dispute between the parties arising from the application and interpretation of this Agreement shall be settled through diplomatic channels by mutual consent.

A handwritten signature, possibly 'JD', is located at the bottom left of the page.

A handwritten signature, possibly 'JD', is located at the bottom right of the page.



THE REPUBLIC OF UGANDA

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives, duly authorised by their respective Governments, have signed this Agreement.

DONE at **KAMPALA**, on the 8th day of the month of December of the year 2022, in two original copies, each in the English, French, and Dutch languages. In case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

**FOR THE KINGDOM OF
BELGIUM:**

**THE FEDERAL GOVERNMENT,
THE FLEMISH GOVERNMENT,
THE GOVERNMENT OF THE
WALLOON REGION,
THE GOVERNMENT OF THE
BRUSSELS-CAPITAL REGION,
THE GOVERNMENT OF THE
GERMAN-SPEAKING
COMMUNITY,**

Rudi Veestraeten
AMBASSADOR OF BELGIUM

**FOR THE REPUBLIC OF
UGANDA:**

Hon. Odongo Jefe Abubakhar
MINISTER OF FOREIGN
AFFAIRS

ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA REPUBLIQUE D'UGANDA
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITES A BUT LUCRATIF
PAR DES MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES
SUR BASE DE RECIPROCITE

JP

W



THE REPUBLIC OF UGANDA

**ACCORD
ENTRE
LE ROYAUME DE BELGIQUE
ET
LA REPUBLIQUE D'UGANDA
SUR L'EXERCICE D'ACTIVITES A BUT LUCRATIF
PAR DES MEMBRES DE LA FAMILLE DU PERSONNEL
DE MISSIONS DIPLOMATIQUES ET DE POSTES CONSULAIRES
SUR BASE DE RECIPROCITE**

LE ROYAUME DE BELGIQUE, représenté par :

**Le Gouvernement fédéral,
Le Gouvernement wallon,
Le Gouvernement flamand,
Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,
Le Gouvernement de la Communauté germanophone,**

ET

LA RÉPUBLIQUE D'UGANDA,

DESIREUX de conclure un accord visant à faciliter l'exercice d'une activité lucrative par certains membres de la famille du personnel des missions diplomatiques (y compris les missions auprès des organisations internationales) de l'État d'envoi ou des postes consulaires de ce dernier sur le territoire de l'État d'accueil,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT :



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 1

Champ d'application de l'Accord

Sur base de réciprocité, les membres de la famille des membres d'une mission diplomatique, d'une mission auprès d'une organisation internationale ayant un siège dans l'État d'accueil ou d'un poste consulaire sont autorisés à exercer une activité rémunérée dans l'État d'accueil. Cela inclut :

- a) le conjoint, reconnu comme tel par les autorités de l'État d'accueil, d'un membre de la mission ; ou
- b) des enfants célibataires âgés de moins de dix-huit ans à charge d'un membre de la mission.

ARTICLE 2

Définitions

Aux fins du présent Accord :

- (a) "Membre de la mission" signifie le chef de la mission ou un membre du personnel de la mission tel que défini dans l'article 1 des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques (1961) et consulaires (1963) ;
- (b) "Activités à but lucratif" signifie toute forme d'activité rémunérée, comme indépendant ou travailleur.



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 3

Principes clés

1. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est donnée par les autorités de l'Etat d'accueil conformément aux dispositions légales et réglementaires en vigueur dans ledit Etat et conformément aux dispositions du présent Accord. Cette autorisation ne concerne pas les ressortissants de l'Etat d'accueil ni les résidents permanents sur son territoire.
2. Sauf si l'Etat d'accueil en décide autrement, l'autorisation ne sera pas accordée aux membres de la famille qui, après avoir accepté une activité à but lucratif, cesse de faire partie du ménage du membre de la mission.
3. L'autorisation produit ses effets durant la période d'affectation du membre de la mission diplomatique ou du poste consulaire de l'Etat d'envoi sur le territoire de l'Etat d'accueil, jusqu'au terme de cette affectation (ou dans les 60 jours suivant cet événement).

ARTICLE 4

Procédures

1. Toute demande visant à obtenir l'autorisation d'exercer une activité à but lucratif est envoyée, au nom du membre de la famille, par l'ambassade de l'Etat d'envoi auprès de la Direction du Protocole du Ministère des Affaires étrangères de la République d'Ouganda ou de la Direction du Protocole du Service public fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au développement du Royaume de Belgique, suivant le cas. La demande sera accompagnée des documents nécessaires concernant le lien entre le membre de la famille et un membre accrédité de la mission, l'identité complète du membre de la famille et la nature de l'activité rémunérée pour laquelle l'autorisation est demandée.



THE REPUBLIC OF UGANDA

2. Après vérification que la personne est un membre de la famille d'un membre de la mission, et après examen de la demande officielle, le gouvernement de l'Etat d'accueil (le Secrétaire Permanent du Ministère des Affaires étrangères dans le cas de l'Ouganda) informera l'ambassade de l'Etat accréditant que le membre de la famille peut exercer l'activité à but lucratif.
3. Les procédures suivies sont appliquées de manière telle que le bénéficiaire de l'autorisation puisse entreprendre une activité à but lucratif dans les meilleurs délais. Toutes les dispositions régissant les permis de travail et autres formalités analogues sont appliquées dans un sens favorable.
4. L'autorisation d'exercer une activité à but lucratif n'entraînera aucune dispense pour le membre de la famille de satisfaire aux exigences usuelles ou réglementaires relatives aux données personnelles, qualités professionnelles ou autres que l'intéressé doit justifier pour l'exercice de son activité rémunérée.

ARTICLE 5

Privilèges et immunités en matière civile et administrative

Au cas où le membre de la famille jouit de l'immunité de juridiction en matière civile et administrative dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires ou de tout autre instrument international applicable, cette immunité ne s'applique pas aux actes découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif et rentrant dans le champ d'application du droit civil ou administratif de l'Etat d'accueil.

L'Etat d'envoi lèvera l'immunité d'exécution de toute décision judiciaire prononcée en rapport avec de tels actes.



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 6

Immunité en matière pénale

Au cas où le membre de la famille jouit de l'immunité de juridiction en matière pénale dans l'Etat d'accueil, en vertu des dispositions des Conventions de Vienne précitées ou de tout autre instrument international applicable :

- a) l'Etat d'envoi lève l'immunité de juridiction pénale dont jouit le bénéficiaire de l'autorisation à l'égard de l'Etat d'accueil pour tout acte ou omission découlant de l'exercice de l'activité à but lucratif, sauf dans des cas particuliers lorsque l'Etat d'envoi estime que cette mesure pourrait être contraire à ses intérêts ;
- b) cette levée d'immunité de juridiction pénale ne sera pas considérée comme s'étendant à l'immunité d'exécution de la décision judiciaire, immunité pour laquelle une levée spécifique devra être requise. Dans le cas d'une telle demande spécifique, l'Etat d'envoi prendra la requête de l'Etat d'accueil sérieusement en considération.

ARTICLE 7

Régimes fiscal et de sécurité sociale

Conformément aux dispositions des Conventions de Vienne précitées ou en vertu de tout autre instrument international applicable, le membre de la famille est assujetti aux régimes fiscal et de sécurité sociale de l'Etat d'accueil pour tout ce qui se rapporte à l'exercice de cette activité dans cet Etat.



THE REPUBLIC OF UGANDA

ARTICLE 8

Amendements

Le présent Accord peut être modifié à tout moment par consentement écrit des Parties. Cet amendement entrera en vigueur selon les modalités prévues dans l'article 10.

ARTICLE 9

Durée et dénonciation

Le présent Accord restera en vigueur pour une période indéfinie, chacune des Parties pouvant y mettre fin à tout moment, moyennant un préavis de six mois adressé par écrit à l'autre Partie.

ARTICLE 10

Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date d'échange de la dernière notification de l'accomplissement des procédures constitutionnelles et légales requises.

ARTICLE 11

Règlement des différends

Tout différend entre les Parties relatif à l'application et l'interprétation du présent Accord sera résolu par la voie diplomatique et par accord mutuel.



THE REPUBLIC OF UGANDA

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à KAMPALA, le 8ème jour du mois de décembre de l'année 2022, en deux exemplaires originaux, chacun en langues anglaise, française et néerlandaise. En cas de divergence d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

**POUR LE ROYAUME DE
BELGIQUE :**

LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL,
LE GOUVERNEMENT WALLON,
LE GOUVERNEMENT FLAMAND,
LE GOUVERNEMENT DE LA
RÉGION DE BRUXELLES-
CAPITALE,
LE GOUVERNEMENT DE LA
COMMUNAUTE
GERMANOPHONE,

Rudi Veestraeten
AMBASSADEUR DE BELGIQUE

**POUR LA REPUBLIQUE
D'UGANDA :**

Hon. Odongo Jeje Abubakhar
MINISTRE DES AFFAIRES
ETRANGÈRES

OVEREENKOMST

TUSSEN

HET KONINKRIJK BELGIË

EN

DE REPUBLIEK OEGANDA

INZAKE HET OP GROND VAN WEDERKERIGHEID VERRICHTEN

**VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE
GEZINSLEDEN**

VAN HET PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES

EN CONSULAIRE POSTEN





REPUBLIC OF UGANDA

**OVEREENKOMST
TUSSEN
HET KONINKRIJK BELGIË
EN
DE REPUBLIEK OEGANDA
INZAKE HET OP GROND VAN WEDERKERIGHEID VERRICHTEN
VAN BETAALDE WERKZAAMHEDEN DOOR BEPAALDE
GEZINSLEDEN
VAN HET PERSONEEL VAN DE DIPLOMATIEKE MISSIES
EN CONSULAIRE POSTEN**

HET KONINKRIJK BELGIË, vertegenwoordigd door:

**De Federale Regering,
De Vlaamse Regering,
De Waalse Regering,
De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,
De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,**

EN

DE REPUBLIEK OEGANDA,

GELEID DOOR DE WENS een overeenkomst te sluiten teneinde het verrichten van betaalde werkzaamheden door bepaalde gezinsleden van het personeel van de diplomatieke zendingen (inclusief missies bij internationale organisaties) van de Zendstaat dan wel van consulaire posten die deze heeft op het grondgebied van de Ontvangende Staat, te vergemakkelijken,

ZIJN HET VOLGENDE OVEREENGEGEKOMEN:



REPUBLIC OF UGANDA

ARTIKEL 1

Toepassingsgebied van de Overeenkomst

Op grond van wederkerigheid mogen gezinsleden van leden van een diplomatieke zending, een missie bij een internationale organisatie met zetel in de Ontvangende Staat, of een consulaire post in de Ontvangende Staat betaalde werkzaamheden verrichten. Dit omvat:

- a) de echtgenoot, als zodanig erkend door de autoriteiten van de Ontvangende Staat, van een lid van de zending; of
- b) de ongehuwde kinderen ten laste jonger dan 18 jaar van een lid van de zending.

ARTIKEL 2

Definities

Voor de toepassing van deze Overeenkomst wordt verstaan onder:

- (a) "lid van de zending": het hoofd van de zending of een lid van het personeel van de zending als omschreven in artikel 1 van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek verkeer (1961) en consulair verkeer (1963);
- (b) "betaalde werkzaamheden": elke vorm van bezoldigde activiteit, als zelfstandige of als werknemer.



REPUBLIC OF UGANDA

ARTIKEL 3

Leidende principes

1. De toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten wordt verleend door de autoriteiten van de Ontvangende Staat overeenkomstig de aldaar van kracht zijnde wetgeving en voorschriften en overeenkomstig het bepaalde in deze Overeenkomst. Deze toestemming geldt niet voor de ingezetenen van de Ontvangende Staat of de vaste verblijfhouders op zijn grondgebied.
2. Tenzij de Ontvangende Staat anderszins beslist, wordt geen toestemming verleend aan de gezinsleden die, na betaalde werkzaamheden te hebben aanvaard, niet langer deel uitmaken van het huishouden van het lid van de zending.
3. De toestemming is geldig voor de periode dat het lid van de zending is aangesteld bij de diplomatieke zending of de consulaire post van de Zendstaat op het grondgebied van de Ontvangende Staat, tot de beëindiging van de aanstelling (of binnen 60 dagen na de beëindiging).

ARTIKEL 4

Procedures

1. Elk verzoek om toestemming voor het verrichten van betaalde werkzaamheden wordt in naam van het gezinslid door de ambassade van de Zendstaat gestuurd naar de Directie Protocol van het Ministerie van Buitenlandse Zaken van de Republiek Oeganda dan wel naar de Directie Protocol van de Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking van het Koninkrijk België. Het verzoek gaat vergezeld van de nodige documentatie betreffende de relatie die het gezinslid heeft met een geaccrediteerd lid van de zending, de volledige identiteit van het gezinslid en de aard van de bezoldigde activiteit waarvoor om toestemming wordt verzocht.



REPUBLIC OF UGANDA

2. Nadat werd geverifieerd of de persoon een gezinslid is van een lid van de zending, en na onderzoek van het officiële verzoek, zal de regering van de Ontvangende Staat (de Permanente Secretaris van het Ministerie van Buitenlandse Zaken, in het geval van Oeganda) de ambassade van de Zendstaat ervan in kennis stellen dat het gezinslid betaalde werkzaamheden mag uitoefenen.
3. De gevolgde procedures worden dusdanig toegepast dat het gezinslid zo snel mogelijk betaalde werkzaamheden kan verrichten. Alle voorschriften inzake werkvergunningen en soortgelijke formaliteiten worden welwillend toegepast.
4. Toestemming om betaalde werkzaamheden te verrichten betekent niet dat het gezinslid wordt vrijgesteld van de vereisten of voorschriften die gewoonlijk van toepassing zijn op persoonsgegevens, professionele of andere kwalificaties waarvan de belanghebbende het bewijs dient te leveren voor het verrichten van de betaalde werkzaamheden.

ARTIKEL 5

Civil- en administratiefrechtelijke voorrechten en immuniteiten

Ingeval het gezinslid civil- en administratiefrechtelijke immuniteit van rechtsmacht geniet in de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de Verdragen van Wenen inzake diplomatiek en consulaire verkeer, dan wel enig ander toepasselijk internationaal verdrag, is deze immuniteit niet van toepassing op handelingen die voortvloeien uit het verrichten van betaalde werkzaamheden welke onder het burgerlijk en administratief recht van de Ontvangende Staat vallen. De Zendstaat zal afstand doen van de immuniteit van tenuitvoerlegging van alle gerechtelijke uitspraken die met betrekking tot dergelijke handelingen worden uitgesproken.



REPUBLIC OF UGANDA

ARTIKEL 6

Immunititeit ten aanzien van strafzaken

Ingeval het gezinslid immunititeit geniet ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken van de Ontvangende Staat, overeenkomstig de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen, dan wel van enig ander toepasselijk internationaal verdrag:

- a) doet de Zendstaat afstand van de immunititeit van de rechtsmacht in strafzaken die de begunstigde van de toestemming ten aanzien van de Ontvangende Staat geniet met betrekking tot elk handelen of nalaten dat voortvloeit uit de betaalde werkzaamheden, behalve in bijzondere gevallen wanneer de Zendstaat van mening is dat het doen van afstand in strijd zou kunnen zijn met zijn belangen;
- b) het doen van afstand van immunititeit ten aanzien van de rechtsmacht in strafzaken wordt niet geacht mede betrekking te hebben op de immunititeit ten aanzien van de tenuitvoerlegging van de gerechtelijke uitspraak, waarvan uitdrukkelijk afstand moet worden gedaan. In dergelijk geval neemt de Zendstaat het verzoek van de Ontvangende Staat ernstig in overweging.

ARTIKEL 7

Belasting- en sociale zekerheidsstelsels

In overeenstemming met de bepalingen van de bovengenoemde Verdragen van Wenen dan wel krachtens enig ander toepasselijk internationaal verdrag, is het gezinslid onderworpen aan de belasting- en sociale zekerheidsstelsels van de Ontvangende Staat, ten aanzien van alles wat verband houdt met het verrichten van bedoelde werkzaamheden in deze Staat.



REPUBLIC OF UGANDA

ARTIKEL 8

Amendementen

Deze Overeenkomst kan te allen tijde bij schriftelijke overeenkomst tussen de partijen worden gewijzigd. Een dergelijke overeenkomst treedt in werking op de in artikel 10 bepaalde wijze.

ARTIKEL 9

Duur en beëindiging

Deze Overeenkomst blijft van kracht voor onbepaalde duur, met dien verstande dat elk van de Partijen ze te allen tijde kan beëindigen door hiervan zes maanden van te voren schriftelijk kennis te geven aan de andere Partij.

ARTIKEL 10

Inwerkingtreding

Deze Overeenkomst zal in werking treden op de eerste dag van de tweede maand volgend op de dag van uitwisseling van de laatste kennisgeving van de voltooiing van de grondwettelijke en wettelijke procedures.

ARTIKEL 11

Geschillenbeslechting

Elk geschil tussen de partijen dat voortvloeit uit de toepassing en de interpretatie van deze Overeenkomst wordt langs diplomatieke weg opgelost, met wederzijdse instemming.



REPUBLIC OF UGANDA

TEN BLIJKE WAARVAN de ondertekenende vertegenwoordigers, daartoe naar behoren gemachtigd door hun respectieve Regeringen, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GEDAAN te Kampala op 8 december 2022, in twee originele exemplaren, in de Engelse, Franse en Nederlandse taal. In geval van verschil in uitlegging is de Engelse tekst doorslaggevend.

**VOOR HET KONINKRIJK
BELGIË:
DE FEDERALE REGERING,
DE VLAAMSE REGERING,
DE WAALSE REGERING,
DE BRUSSELSE
HOOFDSTEDELIJKE
REGERING,
DE REGERING VAN DE
DUITSTALIGE
GEMEENSCHAP,**

Rudi Vestràeten
AMBASSADEUR VAN BELGIË

**VOOR DE REPUBLIEK
OEGANDA:**

Hon. Odongo Jeje Abubakhar
MINISTER VAN BUITENLANDSE
ZAKEN

COPIE CERTIFIÉE CONFORME À L'ORIGINAL
MET HET ORIGINEEL EENSLUIDEND VERKLAARD AFSCHRIFT

Bruxelles, 14 DEC. 2022
Brussel

Le Chef du Service des Traités du
Service Public Fédéral Affaires Étrangères de Belgique
Het Hoofd van de Dienst Verdragen van de
Federale Overheidsdienst Buitenlandse Zaken van België

